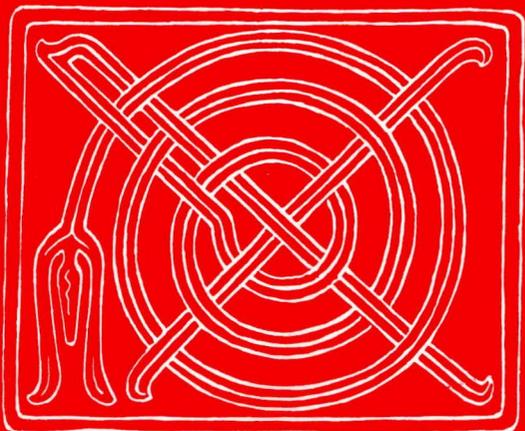
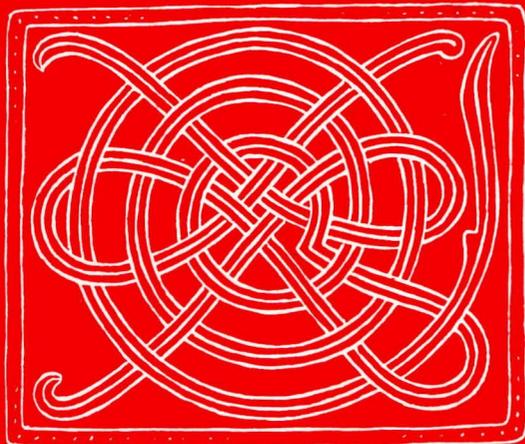


1 S20587 F

# Fragen der Freiheit



November/  
Dezember 1989  
Heft 201

Ernst Abbe  
ein Pionier moderner Stiftungsgedanken

## Motto

» . . . daß der Besitz, über den ich gegenwärtig verfüge, und der Erwerb, den ich aufgrund bestehender Verträge in Zukunft erwarten kann, ganz wesentlich nur dadurch zustande gekommen sind, daß es mir und meinen Genossen möglich war, die Tätigkeit vieler anderer Personen dauernd in unseren Dienst zu stellen und den Ertrag ihrer Arbeit uneingeschränkt uns zunutze zu machen . . . Nach meiner persönlichen Überzeugung aber will ein Erwerb dieses Ursprungs vor einem strengeren Sittlichkeitsideen genügenden Eigentumsbegriff als »öffentliches Gut« betrachtet und behandelt sein . . .«

Ziel seiner Bestrebungen ist es nicht »Caritas zu fördern, sondern ganz allein: *die Rechtslage* aller derjenigen zu heben, die in diesen Wirkungskreis eingetreten sind oder in Zukunft eintreten mögen«.

Ernst Abbe

»Elimination des Zinswesens aus dem Wirtschaftssystem der Völker ist daher die Voraussetzung für eine haltbare, nicht auf völlige Desorganisation hinsteuernde Wirtschaftstätigkeit«.

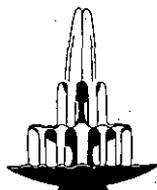
Ernst Abbe

# FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 201

November/Dezember 1989



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung  
Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Postverlagsort: 5400 Koblenz

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Eckhard Behrens</i> Stiftungen und Kapitalismus . . . . .	3
<i>Heinz Hartmut Vogel</i> Der Stiftungsgedanke . . . . .	5
<i>Bernd Schreitmüller</i> »Wegbereiter für die moderne Sozialgesetzgebung – 100 Jahre Carl-Zeiss-Stiftung« – . . . . .	6
<i>Werner Schmid</i> Dr. Ernst Abbe . . . . .	8
<i>Heinz Hartmut Vogel</i> Stiftungsunternehmen als ein erster Schritt zur Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit . . . . .	43
<i>Eckhard Behrens</i> Anstöße für das Stiftungswesen . . . . .	45
<i>Eckhard Behrens</i> Denkanstöße für die DDR und für uns . . . . .	49
<i>Zeitkommentare</i>	
<i>Hugo Schwenk</i> Stimme der Zeit . . . . .	57
<i>Buchbesprechung</i>	
<i>Gerhardus Lang/Karl Snell</i> Die Schöpfung des Menschen . . . . .	60
<i>Jahresplanung 1990</i> . . . . .	64

# Stiftungen und Kapitalismus

Eckhard Behrens

Die Zukunft der Marktwirtschaft wird eine nichtkapitalistische sein; wie man den Weg findet aus der bestehenden kapitalistischen Marktwirtschaft in eine freiheitliche Wirtschaftsordnung, die die Ausbeutung der Nichtbesitzenden durch die Besitzenden überwindet, ist in dieser Zeitschrift ein häufiger Diskussionsgegenstand. Daher ist ein kapitalismuskritisches Vorwort zum *Stiftungsthema* sicher angebracht.

Ertragsstiftungen sind Kinder des Kapitalismus, d. h. einer Wirtschaftsform, in der Ersparnisse, die ausgeliehen oder in Sachkapital investiert werden, Zinsen abwerfen. Die gemeinnützigen Ertragsstiftungen korrigieren einen Fehler des Kapitalismus, nämlich die durch Zins und Zinseszins bewirkte Vermehrung des Kapitals in den Händen der Kapitalbesitzer. Denn durch das Gemeinnützigkeitsrecht werden die Ertragsstiftungen gehindert, die Zinsen dem Kapital zuzuschlagen und auf diese Weise Zinseszinsen zu erwirtschaften; sie werden gezwungen, die Zinseinnahmen »ausschließlich« für gemeinnützige Zwecke auszugeben und zwar alsbald nach ihrer Erwirtschaftung. Auf Dauer erhalten bleibt – bei ordnungsgemäßer Vermögensverwaltung und Geldwertstabilität – nur das Stiftungskapital in ursprünglicher Höhe.

Man mag das ewige Leben von Stiftungen als lebensfremd empfinden, aber viele gemeinnützige Zwecke, wie z. B. die Erziehung junger Menschen, haben auch Dauercharakter, ihre Erfüllung wird – hoffentlich – auf Dauer notwendig sein. Wenn Stiftungen ausnahmsweise ihre ursprünglichen Zwecke ein für allemal erreicht haben oder diese weggefallen sind, erhalten sie von der staatlichen Stiftungsaufsicht einen neuen Zweck.

Darüber hinaus ist allen Kritikern der Stiftungen und des Kapitalismus ins Gedächtnis zu rufen, daß seine Überwindung die Ertragsstiftungen nicht nur ihrer Zinseinnahmen beraubt. Die gesellschaftliche Funktion von Ertragsstiftungen, nämlich für die Finanzierung gemeinnütziger Zwecke regelmäßig Geld zur Verfügung zu stellen, wird dann auch an Bedeutung verlieren, weil Spenden aus den laufenden Arbeitseinkommen reichlicher zur Verfügung stehen werden, wenn das Kapital nicht mehr oder kaum noch verzinst werden muß.

Zur Erläuterung der vorstehenden Aussage sei nur kurz auf folgende ökonomische Zusammenhänge aufmerksam gemacht: Die Überwindung des Kapitalismus führt zu ausgeglichenen Kapitalmärkten, d. h. zu vollständiger Befriedigung des Kapitalbedarfs der Wirtschaft. Nur dann kann das Zinsni-

veau in einer marktwirtschaftlichen Ordnung auf Null fallen. Bei gesättigten Kapitalmärkten ist eine zusätzliche Ersparnisbildung, die mit Hilfe des Zinses als Sparanreiz bewirkt werden soll, nicht mehr notwendig. Für den einzelnen Einkommensverwender fällt das Zinsmotiv als Sparmotiv weg, sobald sich das (reale) Zinsniveau nur noch bei null Prozent bewegt. Das ist für die Vermögensverteilung wichtig, weil alle anderen Sparmotive den Einzelnen nicht zu unbegrenzter Ersparnisbildung motivieren. Wie das Kaufen ist dann auch das Sparen (und Verleihen bzw. Investieren) für jeden Menschen auf anderem Niveau, aber schließlich doch irgendwo begrenzt.

Bei der Einkommensverwendung erhält in einer zinsfreien Wirtschaft nach dem Kaufen und dem Sparen/Leihen das Spenden oder Schenken ein ganz neues Gewicht. Wer genug gekauft und gespart hat (das sind nicht nur die Asketen und die Super-Reichen), wird entweder die Arbeit für die Einkommenserzielung einschränken oder den Überschuß in Form von Spenden für gemeinnützige Zwecke verschenken. Die gemeinnützigen Einrichtungen bedürfen dann weder staatlicher Zuschüsse noch der Zuwendungen von Ertragsstiftungen – sie werden ihre Zwecke mit unentgeltlicher (ehrenamtlicher) Arbeit und mit aus laufenden Einkommen gespendetem Geld erfüllen können. Der Zwangscharakter von Steuern und Zinsen wird entfallen, ein Geldstrom hin zu gemeinnützigen Zwecken wird bleiben.

Das wird jedem, der diesen Gedanken zum ersten Mal liest, utopisch vorkommen. Aber man sollte sich daran erinnern, daß die Bevölkerung auch heute damit einverstanden ist, daß ein hoher Anteil der Steuereinnahmen für gemeinnützige Zwecke verwendet wird. Die Bereitschaft, gemeinnützige Zwecke durch Einkommensverzichte (Steuern oder Spenden) zu finanzieren, kann nur größer werden, wenn der Einzelne die Entscheidung, welche Zwecke finanziert werden, nicht der Parlamentsmehrheit überlassen muß, sondern (auf dem neuen Wege, Spenden statt Steuern zu zahlen) selbst bestimmt, für welchen gemeinnützigen Zweck das abgezweigte Geld verwendet werden soll. Im Kapitalismus konkurriert der Kapitalmarkt mit hohen Zinsangeboten mit dem »Spendenmarkt« gemeinnütziger Möglichkeiten. Die Sogwirkung des Kapitalmarktes sinkt, wenn die Zinsen sinken. Je geringer die Zinsen, umso geringer die Sogwirkung des Kapitalmarktes, umso größer das Spendenvolumen.

## Der Stiftungsgedanke

Nachstehend bringen wir das Lebensbild Ernst Abbes von *Werner Schmid* zum Abdruck<sup>1)</sup>.

Mit der Würdigung der sozialen Pioniertät *Ernst Abbes* verbinden wir die Hoffnung, daß der Stiftungsgedanke, dem das vorliegende Heft »Fragen der Freiheit« Nr. 201 gewidmet ist, in der gegenwärtigen sozialen Aufbruchsituation helfen kann, die *Verfügung* über Kapital und seine *Zweckbestimmung* in Wirtschaft und in der Kultur neu zu überdenken.

Die soziale Großtat Abbes hat Vorbildcharakter in zweierlei Hinsicht:

Einmal *dient* das in den *Zeiss-Werken* investierte Kapital den Zielen des Gründers Karl Zeiss: der Entwicklung und Herstellung optischer Instrumente für die Wissenschaft zugleich mit der Förderung der Wissenschaften, denen die Instrumente dienen.

Zum anderen sollen wesentliche Teile der Erträge der gesamten Mitarbeiterschaft zugute kommen.

Die Abhängigkeit der »Arbeitnehmer« vom »Kapital« sollte in einem ersten Schritt überwunden werden. Mit der Umwandlung der Firma in ein Stiftungsunternehmen wurde das Ziel erreicht, von »Fremdkapital« unabhängig zu werden.

Anlässlich des *100jährigen Jubiläums* wurde sowohl die verstaatlichte Nachfolgefirma in Jena als auch die westdeutsche Karl-Zeiss-Stiftung in Oberkochen in Baden-Württemberg in dem nachfolgenden Artikel<sup>2)</sup> als »Wegbereiter für die moderne Sozialgesetzgebung« »gewürdigt«.

Der bedeutende Schritt, den Ernst Abbe getan hat, beruht auf der Tatsache, daß inmitten einer kapital- und renditenorientierten Marktwirtschaft in einem hervorragenden Wirtschaftsbetrieb das investierte Kapital voll in den *Dienst* sowohl des Arbeitsinteresses der gesamten Mitarbeiterschaft als auch in den Dienst des gemeinsamen Betriebszieles gestellt wurde. Die Förderung der Wissenschaft aus den Erträgen der Zeiss-Werke, hat ebenfalls Vorbild-Charakter.

Heinz Hartmut Vogel

<sup>1)</sup> Werner Schmid, Dr. Ernst Abbe, erschienen im Verlag Pestalozzi – Fellenberg – Haus Bern 1939

<sup>2)</sup> Mit freundlicher Druckerlaubnis des Autors Bernd Schreitmüller, Schott Glaswerke, Mainz

# Wegbereiter für die moderne Sozialgesetzgebung

## 100 Jahre Carl-Zeiss-Stiftung

*Am 19. Mai 1989 jährt sich zum hundertsten Mal der Gründungstag der Carl-Zeiss-Stiftung, die von dem Physiker und Sozialreformer Prof. Dr. Ernst Abbe (1840 bis 1905) ins Leben gerufen wurde. Die Carl-Zeiss-Stiftung, deren Rechtssitz heute Heidenheim/Württemberg ist, wurde ab 1891 alleinige Inhaberin des Unternehmens Carl Zeiss und Teilhaberin des Glaswerks Schott; 1919 gingen die restlichen Geschäftsanteile des Unternehmens Schott an die Stiftung.*

Stiftungsverwaltung der *Carl-Zeiss-Stiftung* ist heute das Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Bundeslandes Baden-Württemberg. Das Ministerium ist in dieser Funktion jedoch kein Organ der Staatsaufsicht, sondern nur Organ der privatrechtlichen Stiftung. Weitere Organe sind der Stiftungskommissar, dem für Schott und Carl Zeiss je ein zwölfköpfiger Unternehmensrat zur Seite steht, sowie die Vorstände beider Stiftungsbetriebe.

Aufgrund der besonderen Unternehmensform gibt es bei den Schwesterfirmen Carl Zeiss, Oberkochen, und Schott Glaswerke, Mainz, keine fremden Anteilseigner, so daß externe Einflüsse weitgehend ausgeschlossen sind. Das bedeutet aber auch, daß alle notwendigen finanziellen Mittel aus eigener Kraft erwirtschaftet werden müssen. Vorteil dieser Unternehmensform ist, daß die Gewinne, die nach Abzug der Steuern verbleiben, ganz für die Zukunftssicherung der Stiftungsunternehmen und die Mitarbeiter eingesetzt werden können.

Als bis heute gültige Unternehmensverfassung hat *Ernst Abbe* 1896 das Statut der Carl-Zeiss-Stiftung veröffentlicht. Paragraph 1 A des Statuts nennt folgende konkrete Ziele: »Pfleger der Zweige feintechnischer Industrie« durch Fortführung der Stiftungsunternehmen Carl Zeiss und Schott, im besonderen die »dauernde Fürsorge für die wirtschaftliche Sicherung der Betriebe« sowie die »Erfüllung größerer sozialer Pflichten« gegenüber den Beschäftigten. Als weitere Zwecke der Stiftung definierte Ernst Abbe in Paragraph 1 B die Förderung gemeinnütziger Zwecke und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Durch die Formulierung und konsequente Umsetzung dieser Bestimmungen hat Ernst Abbe ein wichtiges Kapitel deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte geschrieben. So lieferte das Stiftungsstatut der Carl-Zeiss-Stiftung rechtsverbindlich gültige Regelungen für Arbeitszeiten (zunächst Neun-Stunden-Tag, ab 1900 Acht-Stunden-Tag) und Mitarbeiterrechte

(Mindestlohn, angemessene Mitwirkung sachverständiger Mitarbeiter an Entscheidungsprozessen, erweiterter Kündigungsschutz). Das Stiftungsstatut sieht außerdem umfangreiche Sozialleistungen vor wie Betriebskrankenkasse, bezahlten Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Gewinnbeteiligung und insbesondere einen einklagbaren Anspruch auf betriebliche Altersversorgung. Damit wurde die Carl-Zeiss-Stiftung in vielen Bereichen zum Vorbild und Wegbereiter für die moderne Sozialgesetzgebung.

Die permanente und zeitgemäße Anwendung des Stiftungsstatuts und seiner Ideen, die innovative Ausrichtung nach innen und außen sowie technologische Spitzenleistungen, wie z.B. die astronomischen Superteleskope unserer Zeit als Gemeinschaftsprojekte von Schott und Carl Zeiss, haben Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Carl-Zeiss-Stiftung und die mit ihr verbundenen Gesellschaften im In- und Ausland zur heutigen Größe und Bedeutung heranwachsen konnten. Beide Firmengruppen, Schott und Zeiss, beschäftigen gegenwärtig weltweit zusammen rund 32.000 Mitarbeiter. Das Umsatzvolumen beträgt rund 4 Mrd. DM.

*Bernd Schreitmüller*

Schott Glaswerke, Mainz

---

\*) mit freundlicher Druckerlaubnis des Autors

# Ernst Abbe\*) der Begründer der Zeißwerke in Jena

Werner Schmid\*\*)

In breitem, mächtigem Strome fließt das Leben der Menschheit dahin. Dieser Strom ist die Fülle einer unendlichen Zahl einzelner Schicksale. Unüberschaubar und unfaßbar sind die einzelnen Teile dem Menschen. Kein menschlich Herz, kein menschlich Hirn vermöchte die Fülle der einzelnen Menschengeschicke zu fassen, zu verstehen, zu deuten. Hat doch jeder Mensch gerade genug zu tun, sein eigenes Leben zu leben und es gestaltend zu deuten.

Aber immer wieder gibt es Gestalten, die über die Köpfe der wogenden Massen hinausragen wie Pfeiler, die dem Ganzen Sinn und Halt geben. Immer wieder verkörpert sich im Schicksal einzelner Menschen der Sinn unseres Daseins, wird das Leben Einzelner zum Symbol ganzer Geschlechter und Epochen. Es ist, als wollte die Geschichte immer wieder im Leben Einzelner zusammenfassen, was sie mit ganzen Geschlechtern zu vollbringen gedenkt. Sei es, daß diese Einzelnen zu Symbolen dessen werden, was eben geschieht oder aber daß sie zu Vorläufern gestempelt werden und vorwegleben, vorweg denken müssen, was späteren Geschlechtern zu verwirklichen beschieden ist.

Es ist kein Zufall, daß die Menschen immer wieder sich am Leben großer Männer und Frauen zu orientieren suchen, daß Leben und Werke großer Denker und Philosophen stets zu den meist aufgeschlagenen Seiten im Buche des Lebens gehören. Der Mensch will erkennen und spüren, daß im Leben einzelner Menschen sich Großes verwirklicht, daß die ewige Sehnsucht der Menschen sich erfüllen kann, daß Ewiges Wirklichkeit wird. Das Ungewöhnliche, Überraskende reizt zur Betrachtung, es spornt zur Nacheiferung an und erhebt das menschliche Herz. Man erkennt aufs Neue, fühlt es freudig bestätigt, daß das Leben einen Sinn, das menschliche Dasein einen Zweck, die Menschheit eine Aufgabe hat. Es ist, als ob diese überragenden Menschen durch ihr Dasein auch das unsrige emporheben, die Erde dem Himmel nähern, der Dumpfheit entrücken würden. Das Leben ungewöhnlicher Menschen zu betrachten, uns in ihr Denken und Fühlen zu vertiefen, ihr Lebenswerk zu betrachten, hat daher einen tiefen Sinn. Ganz besonders aber dann, wenn man in einer Zeit lebt, der es an innerer Größe wie an großen Menschen in erschreckendem Maße zu mangeln scheint.

Das Leben und Werk *Ernst Abbes*, von dem hier die Rede sein soll, mag den wenigsten unter uns bekannt sein. Sicher werden viele kaum seinen Na-

\*) Ernst Abbe 1840–1905

\*\*) Der Autor Werner Schmid ist der langjährige Schweizer Nationalrat und Angehöriger der »Liberalsozialistischen Partei« in der Schweiz

men kennen, geschweige denn wissen, wer er war und was er vollbrachte. Es ist das Leben eines Stillen, der nur ungerne und ganz wider Willen ins Rampenlicht der Öffentlichkeit trat, der in der Zurückgezogenheit seine Befriedigung fand und alles tat, was geeignet war, seinen Namen der Vergessenheit anheimfallen zu lassen. Es ist sein Lebenswerk, das als gewaltiges Denkmal in unsere Zeit hineinragt und dafür sorgen wird, daß auch der Name seines Schöpfers niemals vergessen werden kann.

Wenn wir diesen deutschen Gelehrten und Unternehmer, diesen Deutschen Demokraten und Sozialpolitiker gerade jetzt der Vergessenheit entreißen und seines Lebens und seiner Werke dankbar gedenken, so geschieht es nicht zuletzt auch deshalb, weil wir damit dokumentieren wollen, daß wir stets und dankbar anzuerkennen bereit sind, was an Wertvollem und Außerordentlichem von jenseits des Rheines zu uns kam. Wenn wir als Schweizer heute abzulehnen gezwungen sind, was in mächtigen Propagandawogen zu uns herüberfluten will, wenn wir mit der ganzen Kraft freiheitlichen und demokratischen Willens einen Damm gegen die Sturzflut nationalsozialistischer Unkultur aufzurichten willens sind\*), so wollen wir doch zugleich auch sagen, daß wir freudig und dankbar uns zu dem bekennen, was an Kultur und unvergleichlichem Geistesgut Deutschland uns je und je schenkte. Die schärfste Ablehnung des Deutschtums der Gegenwart, des neudeutschen Wesens, an dem wir nicht zu genesen willens sind, soll verbunden sein mit der tiefsten Bejahung dessen, was an tiefmenschlicher Wahrheit schon aus dem deutschen Volke hervorging. Ernst Abbe ist eine jener Gestalten, in denen sich deutsche Gründlichkeit mit höchstem sittlichem Ernst und tiefstem Verantwortungsbewußtsein und menschlicher Güte paarten. In ihm verkörpert sich jenes Deutschtum, dem wir uns verwandt und zugetan fühlen und das in den Achtundvierziger Jahren des letzten Jahrhunderts unser schweizerisches Geistesleben so unendlich befruchtete und belebte.

### *Der Arbeiter sah*

Ernst Abbe ist ein Sohn Thüringens, allwo er im Jahre 1840, am 23. Januar in Eisenach geboren wurde. Als Proletarietkind, dessen Lebensaussichten nicht rosiger waren als diejenigen anderer Proletarietkinder auch. Adam Abbe, der Vater, arbeitete in einer Spinnerei. Die Arbeitszeit dauerte vom frühen Morgen bis in den späten Abend. Der Knabe Ernst mußte jeweilen dem Vater das bescheidene Essen in die Fabrik bringen, wo dieser es während der Arbeit, stehend, verzehrte. So blieben naturgemäß die Geschwister meistens der Obhut der Mutter, die leider die Schwindsucht zu früh dahinraffte, anvertraut. Der Vater selbst war ein großer, stattlicher Mann mit schwarzem Bart, der nicht nur den fremden, sondern auch den eigenen Kin-

\*) Dieser Aufsatz entstand im Jahre 1939, während der Zeit des Nationalsozialismus.

dem Furcht einflößte. Hinter dem rauhen Wesen aber barg sich große menschliche Güte, die übrigens auch in der Mutter wach war.

Adam Abbe bewohnte eine Wohnung im Fabrikgebäude seines Herrn, der sogenannten Burgmühle. Das Haus war umgeben von einem Garten, welchen der Vater mit Kohl bepflanzte und wo er außerdem noch Zeit fand, Bienen zu züchten. In diesem Hause verbrachte Abbe eine romantische Jugendzeit. Der Sage nach sollte es im Hause spuken, weshalb Vater Abbe die Wohnung gratis erhielt. Er fürchtete sich nicht vor Gespenstern, wußte auch die Gespenstersage geschickt am Leben zu erhalten, um allfällige anderweitige Nachfrage nach der Wohnung im Keime zu ersticken.

In dem geplagten Proletarier, der seine *vierzehn und mehr Stunden in der Fabrik verbrachte*, pochte das Herz eines freien Menschen. Als in den Acht- und vierziger Jahren die deutschen Revolutionäre aus manchem deutschen Lande flüchten mußten, fanden sie in der Burgmühle zu Eisenach Unterkunft. Der Proletarier Abbe teilte seinen kargen Tisch mit ihnen. Sie fanden diese Unterkunft auch dann noch, als die Verfolgung der Revolutionäre auch im liberalen Weimar schärfere Formen annahm und preußische Polizeibeamte das Land durchforschten und Haussuchungen vornahmen. Der achtjährige Ernst war aufgeweckt genug, um wenigstens zu empfinden, was hier voring. Umso mehr, als ihm eine aktive Rolle in diesem Kampfe gegen die hohe Obrigkeit zufiel. In der alten Mühle befand sich ein Zimmer, dessen Zugang durch einen alten, mit Spinnweben verkleideten Kasten verdeckt war und das selbst dem scharfen Auge der heiligen Hermandad verborgen blieb. Es war das Amt des Knaben, das Nahen der Wächter des Gesetzes zu melden, sodaß die Emigranten rechtzeitig durch den Kasten ins sichere Zimmer flüchten konnten.

Wurde er so der lebendige und aktive Zeuge der politisch Verfolgten, so war er gleichzeitig leidende Person im tiefen sozialen Elend, das die Proletarier jener Zeit heimsuchte. Auch wenn der väterliche Haushalt, dank der umsichtigen Führung der Mutter, wenigstens durch seine Regelmäßigkeit das Gefühl einer gewissen Geborgenheit nie zu verdrängen mochte, so blieben doch dem heranwachsenden, hellhörigen und helllichtigen Jungen die furchtbaren Wirkungen dieser Zustände an den Familien der Nachbarn und Spielkameraden nicht verborgen. Sie machten auf ihn tiefen Eindruck und bestimmten weitgehend seine spätere, sozialpolitische Tätigkeit.

In der Volksschule, die er wie alle anderen Kinder seiner Klasse besuchte, fiel der Knabe bald durch seine ungewöhnlichen Geistesgaben auf. Seine Kränklichkeit hinderte ihn oft am Schulbesuch. Aber spielend holte er nach, was er versäumt hatte. Seine Lehrer sahen bald, daß Ernst mehr als fähig war, die Realschule zu besuchen. Der Vater aber mußte zu seinem Leidwesen diesem Ansinnen widersprechen. Woher hätte er das Geld nehmen sol-

len? Da traten die Arbeitgeber als Helfer in der Not auf. In dem heranwachsenden Jungen hofften sie eine geeignete Arbeitskraft für einen höheren Posten in ihrem Unternehmen heranziehen zu können und streckten das Geld vor für den Besuch der Realschule.

Auch im auserlesenen Kreise der Realschüler ragte Abbe durch seine Fähigkeiten bald hervor. In Physik und Mathematik zeichnete er sich bald durch außergewöhnliche Kenntnisse aus. Im naturwissenschaftlichen Verein wurde er der unbestrittene Verwalter dieser Gebiete. Er lernte Lateinisch, um die Werke des großen Mathematikers Gauß lesen zu können. Daneben mußte er durch Privatstunden das fehlende Geld zum Unterhalt erwerben. Der Physiker Abbe verbrachte aber auch manche Stunde an der Drehbank der mechanischen Werkstätte des Stadtrichters Trunk, wo er die theoretischen Kenntnisse durch praktische Arbeit zu ergänzen verstand.

Statt der üblichen und vorschriftsmäßigen acht Jahre brauchte Abbe zur Erlangung des Reifezeugnisses nur deren sieben und verließ das Gymnasium mit einem glänzenden Zeugnis. Aber was nun? Das war die große Frage. Der Augenblick wäre jetzt da gewesen, in das Unternehmen der väterlichen Fabrik einzutreten. Inzwischen aber war die Freude am Studium so mächtig in ihm geworden, die Liebe zur Wissenschaft, der Drang nach Erkenntnis waren so mächtig aufgeflammt, daß in dem jungen Manne naturgemäß der Wunsch auftauchte, weiterzustudieren. Freunde und Lehrer rieten dazu. Aber die Ersparnisse des Vaters waren derart kläglich, daß sie niemals ausgereicht hätten, die Kosten des Studiums zu bestreiten. Der Sohn aber erklärte, sich durch Privatstunden genügend Mittel erwerben zu können, um sich durchzuschlagen. So willigte der Vater gerne ein und ließ den Siebzehnjährigen nach Jena, der Universitätsstadt ziehen.

### *Der Student*

Das geruhsame Leben des weltvergessenen Städtchens umging den jungen Studenten. Hörsäle gab es in dieser Universität nicht. Jeder Professor mietete sich in der Stadt ein passendes Zimmer und versammelte dort seine Hörer um sich. Dagegen fand er unter den Lehrern wirkliche Persönlichkeiten, während der heutige Student in den schönen Lehrsälen unserer Universitäten oft genug umsonst nach solchen sucht. Zwischen Lehrern und Hörern bestand ein enges Verhältnis, das in gemeinsamen Ausspracheabenden und auf großen Spaziergängen geknüpft und gefestigt wurde. Abbe bewältigte die Aufgaben, die das Studium stellte, mit Leichtigkeit, sodaß er neben seinen Privatstunden, mit welchen er ein sehr kümmerliches Dasein fristete, noch Zeit fand, andere Vorlesungen, besonders philosophische, zu besuchen. Bei zwei Preisausschreiben der Universität holte er sich unbestritten

den ersten Preis, wodurch er etwas bekannter wurde und sich ein Stipendium erwarb.

Das Bedürfnis nach praktischer Arbeit und Verwendung seiner Kenntnisse führt ihn auch hier wieder in die Werkstatt, an die Drehbank. Diesmal war es der Optiker Carl Zeiß, der der Universität die notwendigen, damals noch recht bescheidenen Apparaturen lieferte, der ihm einen Platz an der Werkbank einräumte. Das Leben wird ihn später zu dieser Werkbank zurückführen.

Das Tagewerk Abbes war ausgefüllt mit Arbeit, ohne daß er etwa deswegen ein Philister geworden wäre. Fröhliche Bierabende pflegte er nicht zu versäumen. Der Tod der geliebten Mutter, im Jahre 1858, der bald die Wiederverheiratung des Vaters folgte, ließ ihn vereinsamen, sodaß er sich noch tiefer in die Arbeit stürzte. Nach vier Semestern siedelte er, da er sich Jena entwachsen fühlte, nach Göttingen über, wo er reichere Anregung und noch hervorragendere Lehrer fand. Sehr bald entdeckten auch hier die Lehrer die ungewöhnlichen Fähigkeiten des bescheidenen jungen Mannes, der mit seinem Wissen und Können nie prahlte, sondern es in selbstverständlicher Weise pflegte.

Im Kreise der Professoren und Studenten wurde nicht nur gefachsimpelt, es wurden alle Probleme der Zeit erwogen und diskutiert. Man trieb Politik im besten Sinne des Wortes. Kant, Humboldt, Garibaldi waren gleichermaßen Gesprächsstoff, und Abbe wurde zum eifrigen Zeitungsleser und Politiker. Daneben war er ein Freund der Natur und des Wanderns.

1861 promovierte er zum Doktor mit einer Dissertation über die »Erfahrungsgemäße Begründung des Satzes von der Aequivalenz zwischen Wärme und mechanischer Arbeit«. Das Urteil des begutachtenden Professors lautete vorzüglich, und auch die mündliche Prüfung bestand Abbe beim gefürchtetsten Lehrer mit Glanz. Dann aber schrieb er seinem Freund: »Mit dem Doktorswindel bin ich endlich fertig geworden. Heute war ich zum letzten mal beim Dekan, um den Doktoreid zu unterschreiben und ihm den Handschlag zu geben (welch Letzteres er indessen unter lauter Gerede rein und schön vergessen hat), und darauf habe ich dann vom Pedell 20 riesige Diplome erhalten, von denen Du eines bekommen wirst, während ich die übrigen meinem Vater übermachen werde, um damit die Hundehütte, den Abtritt usw. zu tapezieren«.

Wir wissen nicht, ob die Diplome wirklich zu dieser Zweckbestimmung gelangten. Aber eines wissen wir; daß Abbe Zeit seines Lebens sich nie von äußerlichen Anerkennungen verblüffen und blenden ließ. Er anerkannte nur das, was er von sich selbst, vor seinem Gewissen, vor seiner wissenschaftlichen Erkenntnis, vor seinem unerbitterlichen Wahrheitsdrange anerkennen konnte. Auch wenn er sich seiner Fähigkeiten durchaus bewußt

war, so konnte er sich doch damit nie zufrieden geben. Unaufhaltsam trieb es ihn vorwärts. Er wußte, daß sein Wissen stets nur Bruchstück war, seine Wahrheit stets nur ein Teil einer größeren, umfassenderen Wahrheit, die zu erforschen sein stetes Verlangen war. Stets wird sein ruhig-unruhvolles Herz neue Bezirke menschlichen Lebens erforschen, sein klarer Geist neue Gebiete des Wissens abschreiten, und immer wird sein Wahrheitsdurst nach neuen Quellen Umschau halten, sein Tatendrang neue Werke mütig in Angriff nehmen und der Vollendung entgegenführen.

### *Der Politiker*

Vorläufig bewegte er sich in der Bahn des werdenden Gelehrten. Der neugebackene Doktor der Naturwissenschaft fand durch einen glücklichen Zufall sofort eine Stelle als Assistent der Sternwarte. Astronomie war nicht sein Hauptfach, aber mit der ihm gewohnten Leichtigkeit und Gründlichkeit arbeitete er sich ein und äugte hinaus in den sternbesäten Nachthimmel, wo sich ihm die Wunder der Natur und der Mathematik gleichermaßen offenbarten. Freilich litt dabei seine Gesundheit, denn allzu oft fand ihn der grauende Morgen noch über seinen Rechnungen und die Niederschrift seiner Beobachtungen gebeugt, während der Tag ihn zu neuen Werken und Aufgaben rief.

Im Jahre 1861 finden wir Abbe in Frankfurt am Main, wohin ihn ein physikalischer Verein berufen hatte und wo er dessen Institut zu betreuen und Vorträge zu halten hatte. Daneben gab er, da sein Gehalt recht spärlich war, Privatstunden in allen möglichen und unmöglichen Fächern. So u. a. auch in Literaturgeschichte und fremden Sprachen, was auf das umfassende Wissen des jungen Mannes hinweist. Über sein Leben schreibt er seinem Freund u. a.:

»Was sonst mein Leben hier betrifft, so ist darüber nicht viel zu sagen. Ich stehe gegen 7 Uhr morgens auf – wenn ich mich nicht verschlafe – arbeite bis Mittag zu Hause, wenn ich nicht auf dem Kabinet zu tun habe; bummle nachmittags und lese im »Bürgerverein« Zeitungen – wenn ich nicht gerade Nötigeres zu tun habe, und arbeite abends wieder – wenn ich nicht irgendwo eingeladen bin oder einen Schoppen Wein oder Bier auf Dein Wohl trinke. – Das Mittagessen habe ich seit einigen Tagen bei meiner Hauswirtin erhalten und denke dabei zu bleiben, aus Billig- und Bequemlichkeitsgründen. – Der Bürgerverein ist das hiesige Museum – sehr reichhaltig und großartig eingerichtet. Ich bin einstweilen für 3 fl auf zwei Monate als a. o. Mitglied eingetreten. – Natürlich lese ich die Volkszeitung sehr eifrig und ärgere mich recht weidlich über den alten dummen Gamaschenknopf, Euren König, und seinen Gottesgnadenschwindel«.

Seine Anstellung im physikalischen Verein war provisorisch gewesen, und als die definitive Wahl im Frühjahr 1862 erfolgen sollte, fiel er durch. Allerlei Intrigen hatten das fertig gebracht. Wieder tauchte die Frage auf: Was nun? Schon hatte er sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, eine Hauslehrerstelle anzunehmen, als aus Jena die Anfrage kam, ob er sich nicht als Privatdozent habilitieren wolle. Freudig sagte er zu, und im August 1863 begann der Dreiundzwanzigjährige seine Vorlesungen, nachdem ein Gönner ihm die nötigen Gelder vorgestreckt hatte.

Seine Vorlesungen waren denkbar schlecht besucht. Die ersten Vorlesungen konnte er offenbar gar nicht zu Ende führen, da die Hörer ausblieben. Seine Vortragsweise war zu hoch, zu rasch, zu unvermittelt. Er setzte Kenntnisse voraus, die seine Hörer nicht haben konnten. Die Studenten fühlten wohl, daß der Mann ein »Chimborasso« an Wissen sei, wie sich einer ausdrückte, »aber«, meinte ein anderer etwas drastisch, »die Kuh hat vergessen, daß sie ein Kalb war«. So wurde denn einer der Hörer zu Abbe abgeordnet, ihm das Leid seiner Hörer zu klagen. Abbe bat, die Hörer möchten ihn unterbrechen, wenn sie etwas nicht verstünden, und in der Folge entwickelten sich in den Vorlesungen Disputationen. Die Hörer blieben. Das Spiel war gewonnen und Abbe schloß diese Vorlesung mit den Worten: »Meine Herren, vielleicht haben Sie etwas gelernt, von mir weiß ich, daß ich viel gelernt habe; ich wußte nicht, was unterrichten heißt«.

Sicher ist, daß Abbes Vorlesungen an Gehalt überragend waren, und in der Folge wurden sie es auch in der Form. Gar bald zählte er zu seinen Hörern nicht nur die Studenten, sondern auch seine Kollegen. Aber ebenso sicher ist, daß seine Einnahmen nicht ausreichten, um die Ausgaben zu decken, sodaß er bereits den Entschluß faßte, Oberlehrer zu werden. Durch das Dazwischentreten eines einsichtigen Ministers, der begriff was für ein Verlust der Universität drohte, konnte das verhindert werden. Abbes Gehalt wurde erhöht, so daß er der schlimmsten finanziellen Sorgen enthoben war. Daneben hatte er genug andere. Von Zeit zu Zeit wurde er von schwerem Kopfweh heimgesucht, das ihn völlig arbeitsunfähig machte. Wenn diese Anfälle vorüber waren, stürzte sich Abbe wieder mit voller Kraft in die Arbeit. Welcher Art dieses Schaffen war, darüber mag eine Briefstelle Auskunft geben, die einem Brief an seinen Freund Schütz entnommen ist:

»Hast Du Dich je einmal in die Verfolgung einer selbstgestellten wissenschaftlichen Aufgabe vertieft und so weit vertieft, daß Du zeitweilig alle anderen Angelegenheiten vergessen und nur in dem Genusse geschwelgt hast, den das Denken gewährt, wenn man sich ihm frei hingibt? – was Schopenhauer so treffend bezeichnet als den Zustand, in welchem der Intellekt frei ist vom Dienste des Willens – denke Dich zurück in die Stimmung, die sich Deiner bei solcher Gelegenheit bemächtigt hat und stelle Dir nun einen

Menschen vor, welcher erstens nie gelernt hat, seine Gedanken zu meistern, welcher zweitens durch seine Studien wie durch seine natürliche Disposition dem praktischen Leben abgewandt ist; denke Dir diesen seit längerer Zeit in einer Stellung und auf eine Tätigkeit angewiesen, durch welche sein Geist immer mehr auf den Gedankenkreis einer durchaus abstrakten Wissenschaft konzentriert respektive eingeschränkt wird, ohne daß anderen Geistesrichtungen eine entsprechende Nahrung wird, und laß auf diesen nun die Probleme einer solchen Wissenschaft einstürmen, fast täglich ein neues – und Du wirst es begreiflich finden, wenn ein solcher in einen Zustand gerät, in dem jene Lostrennung des Geistes von der Außenwelt, die unter normalen Verhältnissen wechselt mit der Hingabe an sie, sozusagen chronisch wird – mit einem Worte in einen Zustand, wo der Kopf mit dem ganzen übrigen Menschen durchgegangen ist. In diesem Zustande, der den höchsten Genuß, die Lust des Denkens, und zugleich fortwährende Pein mit sich bringt, befinde ich mich und zwar nicht bloß seit der neusten Zeit, sondern eigentlich das ganze vergangene Jahr durch. Stelle Dir diese Situation nicht zu trübselig vor in Hinsicht auf das gemüthliche Leben, denke nicht etwa, daß ich in dieser Zeit tot gewesen sei für alle Regungen des Herzens und in meinen mathematischen Spekulationen geradezu untergegangen sei. Nicht weniger als das; ich bin vielmehr gerade in den Perioden, da ich am vollständigsten und ungestörtesten darin webte – wie gerade in der allerletzten Zeit – in der gehobensten und heitersten Stimmung gewesen, in welcher auch das Gemüt volle Befriedigung fand; Mißstimmung und Pein kommen erst, wenn ich entweder durch äußere Anlässe oder durch die Erfolglosigkeit meiner Bemühungen in der einen oder anderen Richtung gewaltsam aus meinem Gedankenlaufe herausgerissen werde«.

Der Denker Abbe entdeckte plötzlich auch, daß er ein Herz hatte. Sieben Jahre war er nun Privatdozent in Jena. Sieben Jahre verkehrte er im Hause seines ehemaligen Lehrers *Snell*\*), wo er mit andern Persönlichkeiten, dem Zoologen Dohrn, mit Ernst Haeckel u. a. zusammentraf. Und jetzt entdeckte er plötzlich, daß da ein Mädchen aufwuchs, das ihm Herzklopfen verursachte. Wenn man das Bild der Tochter Snells und nachmaligen Gattin Abbes aus jenen Jahren betrachtet, dann muß man sich freilich sagen, daß nur ein Professor solange blind sein konnte. Zum Liebreiz dieses Gesichtes gesellte sich ein anmutiger Ernst. Als Abbe die Entdeckung einmal gemacht hatte, ging dann freilich eine Zeit lang statt des Kopfes das Herz durch mit dem ganzen Menschen. *Elise Snell*\*) wurde Abbes verständnis- und liebevolle Frau.

---

\*) Karl Snell, (1806–1886) O. Professor der Mathematik und Physik in Jena, Autor des in diesem Heft besprochenen Buches »Schöpfung des Menschen«, Schwiegervater Ernst Abbes.

1870 wurde Abbe Professor. 1877 wurde er Direktor der verwaisten Sternwarte in Jena, was zur Folge hatte, daß die Familie Abbe – der Ehe waren zwei Kinder entsprossen – in das Haus umzog, das früher Schiller bewohnt hatte. Im dazugehörigen Park sammelte sich der Abbesche Freundeskreis um den runden Tisch, an dem einst *Goethe und Schiller* saßen.

So war Abbe vom einfachen Proletariierkind zum geachteten und anerkannten Gelehrten aufgestiegen. Er hatte, was man eine erfolgreiche Laufbahn zu nennen pflegt, zu dem sich außerdem ein glückliches Familienleben gesellte. Gewiß, es war keine alltägliche Entwicklung, die das Leben des armen Knaben aus der Burgmühle genommen hatte. Trotzdem aber verlief es nicht derart, daß es dadurch allein unsere Aufmerksamkeit besonders hätte erregen können. Aber wir stehen gewissermaßen noch am Anfang der Entwicklung. Die entscheidenden Taten dieses Lebens stehen erst noch bevor.

### *Der Gelehrte*

Wir leben in der Zeit der erwachenden Arbeiterbewegung in Deutschland. Seit 1863 bestand der von Lassalle gegründete »Allgemeine Deutsche Arbeiterverein«, seit 1869 die in Eisenach gegründete »Sozialdemokratische Arbeiterpartei«, welche beiden Gruppen sich 1875 in Gotha zur »Sozialistischen Arbeiterpartei Gothas« vereinigten. Die aufstrebende sozialistische Bewegung begegnete dem Haß der bestehenden Regierungsparteien und war deren Verfolgung ausgesetzt. Die Verfolgungen gipfelten bekanntlich im Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878, das volle zwölf Jahre in Kraft blieb.

Es konnte nicht ausbleiben, daß Abbe, dessen reger Geist sich stets mit Politik befaßt hatte, zu diesen Vorgängen Stellung nahm. Er war nicht Sozialist. Aber er stand mit Leidenschaft auf der Seite der Freiheit. Sein Freiheitsdrang hatte ihn bereits veranlaßt, aus der Landeskirche auszutreten. Er wandte damit nicht dem Christentum den Rücken. Im Gegenteil. Er tat es aus Protest gegen die Lauheit der Kirchen. Er haßte das Zylinderchristentum, wie er stets ein ausgesprochener Gegner aller leeren Formen und Formeln war. Für ihn war stets der Inhalt entscheidend und maßgebend.

Abbe wäre seiner Herkunft nach ein aussichtsreicher Kandidat für die sozialdemokratische Bewegung gewesen. Es bleibt ein hervorstechendes Merkmal seines Charakters, dem wir noch wiederholt begegnen werden, daß er stets die Frage prüfte, wie die untern Schichten emporkommen, sich durch Arbeit emporbringen könnten. Darüber immer wieder nachzusinnen, nachzuforschen, betrachtete er als eine seiner Lebensaufgaben, als eine seiner Menschen- und Bürgerpflichten. Seine exakte Arbeitsmethode, mit welcher er auch diese Probleme prüfte, hinderte seinen Eintritt in die sozial-

demokratische Partei. Er lehnte den Sozialismus als wirtschaftliche Theorie mit Schärfe, mit begründeter Schärfe, ab. Mit ebensolcher Schärfe aber wandte er sich gegen jeden Versuch der Unterdrückung der sozialdemokratischen Bewegung. Nichts haßte und verurteilte er schärfer als die Unterdrückung Andersgesinnter. Dafür legt eine Rede Zeugnis ab, die der Herr Professor noch im Jahre 1900, also zehn Jahre nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, in öffentlicher Versammlung hielt, nachdem kurz nacheinander drei sozialdemokratische Versammlungen verboten worden waren.

»Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, unseligen Angedenkens«, heißt es in der Rede, »besteht auch im Großherzogtum kein Ausnahmegesetz mehr gegen die sozialdemokratische Partei. Die Verbote ihrer Versammlung ergehen also unter gemeinem Recht des Landes, welches auf alle Bürger gleichmäßige Anwendung findet. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen die Polizeibehörden kraft dieses Landesrechtes die Versammlungen einer Partei verhindern dürfen, dürften sie, sobald es ihnen zweckmäßig erscheint, alle Versammlungen im Lande verhindern. Die bewußten Verbote berühren daher ganz unmittelbar, und in ganz eminentem Grad, die Frage des verfassungsmäßigen Rechtes aller Bürger in unserem Lande, die Frage der bürgerlichen Freiheit überhaupt gegenüber der Polizeigewalt – und damit in bezug auf den Charakter unseres Staatswesens die Frage: Rechtsstaat oder Polizeistaat?«

Mit diesen, gleich in der Einleitung sich findenden Worten, stellt er das ganze Problem sofort auf den grundsätzlichen Boden. Er fährt dann weiter:

»Es gibt nur eine Art von bürgerlichem Recht: das Recht, welches alle gleichmäßig schützt, vom Minister bis zum letzten Tagelöhner; und es gibt nur eine Art von politischer und bürgerlicher Freiheit: die Freiheit, an der alle gleichmäßig teilhaben, vom Minister bis zum letzten Tagelöhner. Eine Freiheit, die einzelne, oder bestimmte Kreise, oder ganze Parteien deshalb genießen, weil die Polizei für gut findet, sie nicht zu beschränken – diese Freiheit »von Polizei Gnaden« ist keine Freiheit. Der Sklave, der von seinem Herren nicht mißhandelt wird, ist kein freier Sklave.

Soweit nun die Anhänger der Sozialdemokratie fordern, ihre Ansichten und Ideen innerhalb der Grenzen des gesetzlich Erlaubten, kraft gemeinen Rechtes des Landes ebenso in Versammlungen öffentlich vertreten zu können wie andere Parteien die ihrigen, verfechten sie kein Parteiinteresse, sondern verfechten sie das verfassungsmäßige Recht aller. Kein Gezeter der »staaterhaltenden« Parteien über den Vorschub, der der Sozialdemokratie aus den Kreisen des Bürgertums geleistet wird, wird meine Gesinnungsgenossen und mich abhalten, sie kräftig zu unterstützen überall, wo ihre Forderungen diese Bedeutung gewinnen.«

Abbe zitierte dann Treitschke:

»Keine Kunst der Rede vermag den ketzerrichterlichen Geist zu verhüllen, der aus der Behauptung spricht: irgendeine Idee, oder Meinung, oder Lehre sei staatsgefährlich.«

Es ist der Geist eines liberalen Demokraten, der aus diesen Worten spricht. Gesprochen zu Beginn dieses Jahrhunderts, zu einer Zeit, da der preußische Geist Deutschland durchseuchte!

Wir fühlen uns diesem Geist verwandt. So wie Abbe selbst sich dem Schweizergeist verbunden fühlte. Immer wieder verbrachte er in der Reife seines Lebens seine Ferien in der Schweiz, vor allem im Berner Oberland, wo der schwarzbärtige Wanderer in den Alphütten, in welchen er oft übernachtete, eine bekannte Persönlichkeit war. Es war nicht nur die Schönheit des Landes, die ihn lockte, es war der Geist der Freiheit, den es atmete, es war die Luft der demokratischen Gesinnung, die ihm wohlthat. Ob Abbe auch heute noch ein so eifriger Gast unseres Landes wäre, läßt sich daher mit Fug und Recht bezweifeln.

Abbe hat auch zu andern Malen sich eingesetzt für die Geistesfreiheit. Er erklärte öffentlich, daß er kein Lokal betreten werde, das Sozialdemokraten zu Versammlungszwecken nicht zur Verfügung gestellt werde. Seiner Anregung auch ist es zu verdanken, daß in Jena ein Volkshaus gebaut wurde, das ohne Unterschied allen Parteien zu Versammlungszwecken zur Verfügung gestellt werde. Als dann gar einmal der Herr Bürgermeister das Auflegen sozialdemokratischer Zeitungen in diesem Volkshaus verbieten wollte und sich auf die, nicht bestehende, Oberaufsicht des Staates über diese Stiftung berief, da fertigte Abbe dieses Ansinnen in öffentlicher Versammlung mit den Worten ab: »Der Oberbürgermeister möge zuerst einmal das Statut studieren.«

Abbe gehörte zur Freisinnigen Volkspartei. Daß er freisinnig war und auf der Seite des Volkes stand, dürfte durch diese wenigen praktischen Beispiele erhärtet worden sein. Er war nichts weniger als ein Parteipolitiker. Das politische Rednerpodium war ihm höchst unangenehm. Er bestieg es darum auch nur dann, wenn er nicht anders konnte, wenn er innerlich dazu getrieben wurde. Er sprach nur dann, wenn er mußte. Seine Worte verfehlten denn auch nie, nachhaltigsten Eindruck zu machen. Seine Worte bekamen Gewicht durch die Persönlichkeit, die dahinterstand.

### *Der Unternehmer*

Vom Politiker, der sich stets und unter allen Umständen für die Freiheit wehrt, sich immer für die Armen und Unterdrückten wehrt und unter persönlichen Opfern einsetzt – er machte mehr als einmal Schulden, um Bedrängten helfen zu können – ist der Weg nicht weit zum Sozialpolitiker. Und

hier fand Abbe ein reiches, weites Arbeitsfeld. Denn aus dem armen Privatdozenten ist inzwischen ein Unternehmer geworden, der eine einfache Werkstätte zum Millionen-Unternehmen heraufführen wird. Der nur in Fachkreisen bekannte Gelehrte, der oft genug am Hungertuch nagen mußte, wird zum Mann der Tat.

Schon als Student hatte er sich an der Werkbank des Universitätsoptikers Carl Zeiß zu schaffen gemacht. Er hat dort im Instrumentenbau geübt, hat sich mancherlei Instrumente selbst angeschafft, mancherlei ausprobiert.

Carl Zeiß war ein einfacher, bescheidener Handwerker. Er verstand sein Handwerk, galt als ein Fachmann. Er stellte Mikroskope her und was man an optischen Instrumenten sonst noch hatte und brauchte in jener Zeit. Die Herstellung dieser Instrumente aber war – es ist wichtig dies zu wissen – in jener Zeit eine Sache der Geschicklichkeit und des Glückes. Die Instrumente wurden auf gut Glück gebaut. Man schliff die Linsen und probierte sie aus. Man probierte sie so lange, bis sie paßten, bis das Instrument funktionierte. Kein Mikroskop war gleich wie das andere. Jedes war das Ergebnis langer Arbeit, langen Probierens. Einmal ging es schneller, einmal ging es langsamer. Manche mißbrieten überhaupt. Die Gesetze der Beugung waren noch nicht bekannt. Der Bau von Mikroskopen war das Ergebnis von Versuchen, nicht von Berechnungen. Es war Ernst Abbe, der diese Berechnungen anstellte und durch Versuche ihre Richtigkeit erhärtete. Damit war dem Apparatebau ein ganz neues Feld geöffnet. Man konnte nun zum voraus berechnen und feststellen, wie die Linsen gebaut und geschliffen werden mußten. Es bewahrheitete sich das Wort Abbes: »Nichts ist praktischer als die Theorie«, mit welchem Satze er sich von vornherein in diametralen Gegensatz stellte zu modernen Männern der Tat!

Abbes wissenschaftliche Darlegung des Problems wirkte in Fachkreisen überwältigend. Sie trug ihm außerdem einen ehrenvollen Ruf nach Berlin ein, den er aber ablehnte. Die große Weltstadt, ihr Getriebe und ihr Geist mochten dem einfachen Charakter dieses Mannes nicht zusagen. Er blieb im kleinen Jena.

Es ist klar, daß die Abbesche Arbeit auch ihre wirtschaftlichen Früchte trug. Carl Zeiß konnte nun nach ganz anderen Gesichtspunkten arbeiten. Seine Instrumente waren von ungleich größerer Exaktheit und Präzision als diejenigen seiner Konkurrenz, die immer noch nach dem System des Ausprobierens verfahren mußte. Aus der einfachen Werkstätte wurde bald ein größerer Betrieb, der schließlich verlegt werden mußte, da die alten Räumlichkeiten nicht mehr ausreichten, ihn zu beherbergen. Die Zahl der Arbeiter wuchs fortwährend. Carl Zeiß suchte nach einem Mitarbeiter, einem Teilhaber. Hätte er einen geeigneteren Mann finden können als Abbe? Abbe überlegte. Dann sagte er zu. Das Einlagekapital verschaffte er sich bei

Bekannten und Freunden. Im Jahre 1876 trat er als Teilhaber in die Firma ein. Als Dritter im Bunde gesellte sich als Mitarbeiter dazu Otto Schott, dem 1880 die Glasherstellung mit Phosphor und Bor gelang, so daß den Optikern nunmehr ein einwandfreies Glas für ihre Instrumente zur Verfügung stand. Das »Glastechnische Laboratorium Schott und Genossen« – die Genossen waren Zeiß und Abbe – war die notwendige Ergänzung zur Firma Zeiß.

Ernst Abbe blieb, trotzdem er Unternehmer geworden war, Professor. Er führte seine Vorlesungen fort, die ihm stets ein inneres Bedürfnis waren. Als Wissenschaftler leistete er bahnbrechende Arbeit. Ich muß es mir leider versagen, sie darzustellen. Einmal deshalb, weil ich es nicht könnte, da ich diesen Arbeiten keineswegs gewachsen wäre, andererseits aber auch deshalb, weil es unmöglich wäre, dieses Lebenswerk eines Forschers im Rahmen eines kurzen Vortrages darzustellen. Ich kann nur eines feststellen, was für den Wert der Abbeschen Arbeiten Zeugnis ablegt: er hat zahlreiche Probleme aufgegriffen und vollkommen zu Ende gedacht und gelöst. Gelöst für alle Zeiten. Das heißt, er hat Arbeiten geliefert, die für alle Zeiten fertig sind, die nicht mehr, in keiner Weise mehr überholt werden können. Was das heißt, weiß jeder, der mit wissenschaftlicher Arbeit auch nur einigermaßen vertraut ist. Abbe hat also auch auf diesem Gebiete ganz Großes geleistet. Und wenn er weiter nichts geleistet hätte als das, es wäre unendlich vielmehr als die Lebenswerke anderer Menschen und Forscher.

Das alles aber leistete er neben seiner großen, und mit der Zeit immer größer werdenden Arbeit und Verantwortung als Unternehmer. Denn die Zeiß-Werke wurden zu einem Welt-Unternehmen. Die Instrumente dieser Firma erlangten Weltruf und haben ihn behalten bis auf den heutigen Tag. Einem solchen Unternehmen verantwortlich vorzustehen, bedeutete allein ein vollgerüttelt Maß an Arbeit. Auch dann, wenn die nötigen Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Daß Abbe daneben noch seiner wissenschaftlichen Arbeit, seiner unermüdlichen Forschertätigkeit obliegen konnte, das zeugt von einer Lebenskraft, die man dem schwächtigen Manne niemals zuge-  
traut hätte. Denn sein Gesundheitszustand ließ nach wie vor zu wünschen übrig. Daß er durch das ununterbrochene Rauchen starker Zigarren, den fortgesetzten Genuß von Kaffee und das lange Studieren tief in die Nacht hinein nicht besser wurde, liegt auf der Hand. In späteren Jahren litt Abbe an akuter Schlaflosigkeit, die ihn zwang, zu Schlafmitteln zu greifen, was zweifellos dazu beitrug, seinem Leben ein frühzeitiges Ende zu bereiten.

### *Der Sozialpolitiker*

Doch noch liegt der schönste Teil seiner Lebensarbeit vor uns. Folgen wir, da die Wege seiner Forschertätigkeit uns verborgen sind, nunmehr den Spu-

ren des Sozialpolitikers und betrachten wir seine Werke, die uns zugleich einen tiefen Blick tun lassen in die Seele dieses wahrhaft großen Menschenfreundes und wahrhaft großen und sozialen Unternehmers. – Wenn wir nun einen kurzen Gang durch die sozialpolitischen Schriften Ernst Abbes antreten, so werden wir nur einen schwachen Abglanz dessen erkennen, was diese Schriften eigentlich sind. Es ist ein hoher geistiger Genuß, sie zu lesen. Sie sind, nebenbei bemerkt, für jeden, auch für den Laien, lesbar. Man spürt diesen Schriften auf Schritt und Tritt den exakten wissenschaftlichen Arbeiter an. Sachte, Schritt um Schritt nähert er sich in seinen Untersuchungen dem Kern der Sache. Jede Teilfrage wird geprüft, sorgfältig abgewogen, sorgfältig in Beziehung gesetzt zur Hauptfrage. Die Hauptfrage wird nach allen Seiten gewendet, nach allen Eventualitäten hin untersucht und geprüft. Alle möglichen denkbaren Einwände werden erhoben und widerlegt. Man spürt: am liebsten würde er die Probleme in klare, unwiderlegbare mathematische Formeln gießen. Wo es angeht, tut er es auch. So sind die Schriften von streng logischem Aufbau. Von kristallener Klarheit. Nie läßt sich Abbe durch das Gefühl zu irgendwelchen Behauptungen hinreißen. Nie läßt er sich durch Wünsche, daß ein Problem sich so oder so gestalten möchte, zu Trugschlüssen verleiten, auf Nebenpfade verlocken. Stets ist alles beherrscht von klarem Denken. Der klare Blick seines gütig-strengen Gesichtes scheint alle Probleme zu durchdringen.

*Wie sehr die sozialpolitischen Probleme, die ihn beschäftigten, mit den Problemen der Zeit wie mit denjenigen des eigenen Berufs als Unternehmer zusammenhängen, mag deren Verzeichnis dartun:*

1. Welche sozialen Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen?
  - a) Steuersystem.
  - b) Arbeiterschutz.
2. Über Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Großindustrie.
3. Über die Grundlagen der Lohnregelung in der Optischen Werkstätte.
4. Zur Frage der Sonderbesteuerung des Konsumvereins.
5. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Verkürzung des industriellen Arbeitstages.
6. Über die Aufgaben des Arbeiterausschusses.

Dazu gesellen sich dann noch das Statut der späteren Carl-Zeiß-Stiftung, sowie dessen Vorentwürfe, worüber später noch ein Wort zu sagen sein wird.

Ich muß es mir versagen, auf alle Schriften Abbes näher einzutreten und muß mich damit begnügen, einige zu streifen und etwas näher zu betrachten. Die Schriften stellen Wiedergaben von Vorträgen dar. Ich beginne gleich mit dem fundamentalsten. Dem ersten von zwei Vorträgen, die Abbe

im Freisinnigen Verein zu Jena, im Jahre 1894 hielt. »Welche sozialen Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen?« Das ist der Generaltitel zweier Vorträge. Der erste stellt das Steuersystem zur Diskussion.

### *Über das Steuerproblem*

In welchem Sinn und Geist Abbe seine Aufgabe auffaßt, zeigt er gleich in den einleitenden Sätzen:

»Unentwegt wollen wir dabei zu denen stehen, deren politische Arbeit darauf gerichtet ist, dem deutschen Volke das größere Maß von bürgerlicher Freiheit und Selbstbestimmung noch zu erringen, welches den nordischen und anglo-sächsischen Zweigen des germanischen Stammes eine glücklichere Geschichte schon vor Jahrhunderten hat zuteil werden lassen . . .

Jede politische Partei sehen wir vor die Alternative gestellt: entweder sie leugnet, daß in unsern wirtschaftlichen Einrichtungen und sozialen Zuständen ernstliche Übel überhaupt vorhanden seien, sie behauptet, alles sei der Hauptsache nach in bester Ordnung und deshalb liege zu Verbesserungen und Reformen Anlaß nicht vor; oder sie erkennt solche Übel als wirklich vorhanden an – damit aber auch die Verpflichtung, positiv mitzuarbeiten zu ihrer Beseitigung auf dem Weg gesetzlicher Reform, unbekümmert darum, von welcher Seite dabei Bundesgenossen zu finden man hoffen oder fürchten mag.«

Damit hat er die Absicht kundgegeben, sich durch keinerlei politische Rücksichten bei seinen Untersuchungen leiten zu lassen. Dieser Absicht ist er unentwegt treu geblieben.

Er begründet zunächst die Notwendigkeit, die Vorschläge der Sozialdemokraten – die er als falsch ablehnt, welche Ablehnung er dann im Laufe des Vortrages noch begründet – durch bessere zu ersetzen. Er lehnt also den unsinnigen Kampf gegen die Sozialdemokratie ab, es sei denn, er werde mit Argumenten geführt, die bessere Vorschläge in sich schließen. Er sagt:

»Wie töricht und unheilvoll nun auch die Verbesserungsideen der Sozialdemokratie befunden werden mögen – keine Ideen haben zu wollen ist ihr gegenüber noch viel törichter und unheilvoller. Läßt man der Sozialdemokratie des Privilegium, die einzige politische Partei zu sein, welche über die Verbesserung der sozialen Zustände noch Ideen hat, so müssen die täglich größer werdenden Kreise derer, denen die Übel, unter welchen sie tatsächlich leiden, zum Bewußtsein kommen, mehr und mehr ihre Hoffnung auf die Verwirklichung dieser Ideen setzen und mehr und mehr in dieser Partei die einzige Instanz erblicken, von deren Aktion sie eine Hebung ihrer Lage

überhaupt zu erwarten haben. Und dann gehört die Zukunft dem ›Zukunftsstaat‹.«

Wenn wir heute, rückblickend, diesen Satz überdenken, dann können wir nur einerseits den Weitblick Abbes bewundern und andererseits die Folgerichtigkeit, mit der die Dinge sich nach der Voraussage Abbes entwickelten, bewundern. Hätte man dazumal in Deutschland und anderswo diesen Satz begriffen und verstanden, wir stünden heute in Europa an einem ganz andern Punkt als dies tatsächlich der Fall ist.

Ehe Abbe mit seinen konkreten Ausführungen beginnt, stellt er fest, daß er seine Betrachtungen nicht auf »gründliches, systematisches Studium der volkswirtschaftlichen und sozialen Theorien« stützen könne. Wohl aber auf eine reiche, lebendige Erfahrung. Er sei, sagt er, Unternehmer und Kapitalist geworden, was er sich nie hätte träumen lassen.

»Ich habe also Gelegenheit gehabt, die heutigen Erscheinungen des Wirtschaftslebens im Bereich eines einzelnen Industriezweiges aus allernächster Nähe anzusehen und dadurch zugleich einen Schlüssel gewonnen für das Verständnis entsprechender Erscheinungen auf Gebieten außerhalb meines eigenen Wirkungskreises. Gemäß den Pflichten, welche meine Stellung mir auferlegte, mußte ich nun diese Erscheinungen stets betrachten vom Standpunkt des Unternehmers und Kapitalisten. Gleichzeitig habe ich sie aber auch immer betrachten müssen mit den Augen des Arbeitersohnes, dem nicht unter der Hand Unternehmer- und Kapitalistenaugen wachsen wollten. Ich habe also diese Vorgänge gleichzeitig von ganz entgegengesetzter Seite her ansehen können: einerseits unter dem Gesichtswinkel des Unternehmer- und Kapitalisteninteresses, andererseits aber auch vom Standpunkt des Interesses der Arbeiter – und dann habe ich, unabhängig von jeder Beeinflussung durch äußere Rücksichten, aus beiden ein Fazit mir ziehen können unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses und des Gemeinwohls.«

Oberster Leitstern: das öffentliche Interesse, das Gemeinwohl. Und nun rückt er dem Problem auf den Leib.

»Die Bekämpfung des Systems indirekter Steuern und die Forderung, alle Staatsbedürfnisse anzuweisen auf direkte Steuern, gehören von jeher zu den gemeinsamen Bestrebungen aller wirklich liberalen Parteien in Deutschland ...

In jedem Staatswesen ... muß meines Erachtens der Steuergesetzgebung noch eine andere, eine spezifisch soziale, staaterhaltende Funktion zugewiesen werden – nämlich der Regulator zu sein für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und das Korrektiv zu liefern gegen gewisse zerstörende Wirkungen der unkontrollierten privat-kapitalistischen Produktionsweise.«

Vergessen wir nicht: Abbe spricht über das Steuersystem. Er hat das Problem der Steuerrreform zu erörtern. Worin erkennt er nun die zerstörende Wirkung des bisherigen Systems?

»Solche zerstörende Wirkungen . . . sind aber zu erblicken in der fortwährend zunehmenden Tributpflicht aller Arbeit zugunsten des Besitzes und in der damit Hand in Hand gehenden fortschreitenden Konzentration des Besitzes auf eine immer kleiner werdende Minorität des Volkes.«

Schon ist Abbe zum Zentrum vorgestoßen. Er sucht nach einem gerechten, bessern Steuersystem und erkennt sofort, daß das Geld offenbar dort geholt werden muß, wo es sich in Massen befindet. Er sieht aber auch, daß mit der fortschreitenden Ansammlung des Kapitals in immer weniger Händen die größten sozialen Schäden verbunden sind. Er ist zum Kernpunkt der sozialen Frage vorgestoßen. Darum stellt er die Forderung auf:

»Beseitigung der indirekten Steuern und auch Beseitigung aller Besteuerung des Arbeitseinkommens. Anweisung aller Bedürfnisse von Staat und Reich auf reine Vermögenssteuer, welche nach oben progressiv alle größeren Vermögen besteuert annähernd mit dem Prozentsatz des jeweiligen Boden- und Hypothekarzinsfußes – in der ausgesprochenen Absicht, den Zinsabwurf des gesamten Nationalvermögens für den Staat (d. h. für Staat und Reich) in Anspruch zu nehmen.«

Wir haben jetzt noch nicht zu untersuchen, ob diese Forderung auf vollständige Wegsteuerung von Kapitalzins und Grundrente praktisch durchführbar ist oder nicht. Wir haben uns lediglich die Tatsache zu vergegenwärtigen, daß der Leiter eines Millionen-Unternehmens, der alle Aussicht hat, selbst mehrfacher Millionär zu werden, mit dieser Eindeutigkeit und Schärfe eine sozial absolut gerechtfertigte Forderung erhebt. Was an arbeitslosem Einkommen bezogen wird, das soll der Allgemeinheit wieder zufließen. Das gehört nicht denen, die dank ihrer Kapitalmacht dieses Einkommen beziehen, sondern es gehört denen, die es erarbeitet haben, nämlich dem Volk.

Sehen wir nun zu, wie Abbe diese Forderung begründet. Er stellt fest, daß »aller Besitz, neben und außer seinem ursprünglichen, natürlichen Wert: durch seinen Verbrauch Mittel der Lebensführung, des Genusses usw. zu sein, noch einen besonderen sehr eigenartigen Wert« hat: »ohne dem Verbrauch oder der Minderung zu unterliegen, dem Eigentümer Vorteile zu verschaffen, welche einem Verbrauch von Besitz ganz gleichwertig sind, und zwar, wenn er will, ohne jede Tätigkeit seinerseits, da er immer andere findet, die an seiner Statt die erforderliche Tätigkeit ausüben.«

Die Besitzenden sind daher im Vorteil gegenüber den Nichtbesitzenden. Die Nichtbesitzenden müssen arbeiten für die Besitzenden. Abbe schätzt den Zinsertrag, den das Gesamtvermögen des deutschen Volkes damals den

Zinsbezüger abwarf, auf 5 Milliarden Mark. Er nimmt dabei einen Zinssatz von nur 3 Prozent an und läßt ausdrücklich Unternehmergewinn, Risikoprämie usw. außer Betracht. Aus dieser Tatsache nun zieht er folgenden Schluß:

»Da ausschließlich die menschliche Arbeit Werte erzeugt, die zuvor noch nicht da waren, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es die Gesamtheit aller Arbeitenden im Volk ist, welche jene Summe für die Gesamtheit aller Besitzenden durch ihre Arbeit jährlich aufzubringen hat, und zwar dafür aufzubringen hat, daß die Eigentümer der Objekte des Nationalvermögens diese Objekte der Arbeit des ganzen Volkes als Mittel der Gütererzeugung vorhalten oder darleihen.«

Die Arbeit allein schafft Wert! Der Unternehmer wird zum Beauftragten des Kapitalisten. Er hat den Realzins herauszuwirtschaften, der dann in die Form von Kapitalzins dem Kapitalisten in die Tasche fließt.

»Mithin hat«, stellt Abbe fest, »die Gesamtheit aller Arbeitenden in allen Tätigkeitsgebieten, dem Durchschnitt nach, immer zwei Tage in der Woche zu arbeiten für die Gesamtheit der Besitzenden, d. h. derer, welche Mit-eigentümer des Nationalvermögens sind, dessen Verzinsung vorweg aufgebracht werden muß . . .

Ich erwähne . . . noch, daß die zuvor charakterisierte Tributpflicht der Arbeit alle betrifft, soweit sie in irgendeiner Form arbeitsfähig sind.«

Wäre nun der Besitz gleichmäßig verteilt, so würde auch der Zins gleichmäßig allen Volksteilen und Volksgenossen zufließen. Hier aber liegt die soziale Bedeutung des Problems:

Das zuvor charakterisierte Verhältnis von Arbeit und Besitz gewinnt seine soziale Bedeutung natürlich nur in Verbindung mit der Tatsache der äußerst ungleichmäßigen – und nach dem jetzigen Lauf der Dinge noch immer ungleichmäßiger werdenden – Verteilung des Besitzes . . . Mindestens 80% des ganzen Volkes sind gegenwärtig tributpflichtig geworden zugunsten der obersten 5 Prozent.«

Im nächsten Abschnitt seiner Rede schildert dann der Redner, wie es vor allem die untersten Schichten des Volkes sind, die darunter zu leiden haben und in immer größere Armut getrieben werden, während andererseits es gerade die großen Vermögen sind, die sich immer mehr und immer rascher vermehren. Es erhebe sich daher die Frage: Sind diese Einrichtungen sittlich gesund? Sind die Einrichtungen gerecht und vernünftig? Sind sie notwendig und unabänderlich? – Sind sie sittlich gesund? Darauf gibt Abbe eine kurze und bündige Antwort:

»Nein! – »Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen!« ist nicht nur ein Bibelwort, es ist zugleich der treffendste Ausdruck tiefer sittlicher Wahrheit. Hierüber noch ein Wort zu verlieren scheint mir überflüssig,

solange ich nicht den gesehen habe, der den Mut haben wird, beweisen zu wollen: es gehöre zu den Bedingungen einer sittlichen Gesellschaftsordnung, daß solche vorhanden sein müßten, die ohne irgend einen andern Vorzug, bloß weil sie ein genügend großes Vermögen irgendwie erworben oder ererbt haben, berechtigt sind, ohne alle eigene Arbeit in begünstigter Stellung zu leben, nicht etwa von diesem Vermögen, mittels dessen Verwendung, sondern durch dieses Vermögen, ohne Minderung der Substanz, allein von der Arbeit anderer.«

Ich denke, dieser Begründung haben wir nichts beizufügen, sondern wir schließen uns ihr von Herzen an. – Aber auch die zweite Frage, nach der Vernunft und Gerechtigkeit dieser Zustände, wird von Abbe glatt verneint. In diesem Zusammenhang nun kommt Abbe auf das Zinsproblem als solches zu reden. Er forscht nach seiner Ursache. Der Zins, stellt er fest,

»ist unter dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt nur das Kennzeichen der Zwangslage, in welcher die Arbeit sich dem Besitz gegenüber insofern befindet, als die Wertobjekte des Gesamtvermögens als Mittel produktiver Arbeit absolut unentbehrlich sind. Diese Zwangslage allein ergibt das Resultat, daß auch die risikofreie, pfandsichere Vermögensanlage, statt eine Aufbewahrungsprämie zu erfordern, eine Abgabe einbringt. So klar es nun einerseits ist, daß in der Zinswirtschaft ein redliches Verhältnis zwischen den einzelnen besteht, so sicher ist es andererseits, daß kraft derselben die Gesamtheit der Besitzenden als solche die Gesamtheit der Arbeitstätigen als solche bewuchert. Denn »die Zwangslage eines andern benützen, um sich Vorteile auszubedingen, welche außer Verhältnis zu den Leistungen stehen« ist der richtige, anerkannte Begriff des Wuchers.«

Hier stößt also Abbe auf die Überlegenheit des Geldes gegenüber der Unterlegenheit der Arbeit. Die Arbeit kann nicht vor sich gehen, ehe sich das Kapital zur Verfügung stellt. Selbst dann, wenn dies ohne Risiko geschehen kann, erzwingt es den Zins, indem es eben die Zwangslage desjenigen, der durch Arbeit sein Brot verdienen muß, ausnützt und ihm ein Stück seines Brotes abzwackt. Weiter!

Die soziale Ungerechtigkeit dieses Verhältnisses werde, sagt Abbe, verdunkelt durch die Tatsache, daß ein Vermögen nicht mehr danach eingeschätzt werde, wie lange man daraus leben könnte, sondern danach, was es abwerfe. Anders liege die Sache beim kleinen Mann und seinen Ersparnissen, bei denen die paar Mark Zinsen nebensächlich seien, sondern bei denen wirklich der Verwendungswert der Ersparnisse die entscheidende Rolle spiele.

»Er (der kleine Mann) schätzt seinen Besitz durchaus unter dem Gesichtspunkt der Frage: Wie lange kann ich es damit aushalten, wenn ich krank oder arbeitslos werden sollte? Was kann ich mir nötigenfalls dafür kaufen?

Was kann ich dafür meinen Kindern zuwenden? Das allein aber ist noch der richtige, ehrenwerte Eigentumsbegriff, dessen hohe, sittliche kulturbildende Bedeutung die rechtliche Forderung der Unantastbarkeit des Eigentums ausschließlich begründet. Die übliche Wertschätzung des Vermögens bei den Reichen aber, nach der Größe des daraus abzuleitenden Tributanspruchs an die Arbeit anderer, gehört ganz und gar zu den Symptomen der zunehmenden plutokratischen Entartung der Rechtsbegriffe. . . .

Das Beispiel von dem Pfennig, der, seit Christi Geburt zu ganz niedrigem Zinsfuß auf Zins liegend, heute den Wert eines Goldklumpens gewonnen haben müßte, schwerer als alles Gold der Erde zusammengenommen, erläutert die physische Unmöglichkeit des Fortbestehens solcher Einrichtungen. . . .«

Nachdem Abbe so konsequent und unbeirrbar nachgewiesen hat, daß das Zinssystem weder gerecht noch vernünftig ist, zieht er die Schlußfolgerung:

*»Elimination (Ausmerzung) des Zinswesens aus dem Wirtschaftssystem der Völker ist daher die Voraussetzung für eine haltbare nicht auf völlige Desorganisation hinsteuernde Wirtschaftstätigkeit.«*

Dank sei Abbe für diesen klassischen Satz. Dank sei diesem unerschrockenen Gelehrten und Unternehmer für diese Feststellung. Für diese Tat. Auch ein Wort kann eine Tat sein!

Abbe hat nun noch die dritte Frage zu beantworten: Sind diese Einrichtungen notwendig und unabänderlich oder können sie abgeändert werden?

Eine Möglichkeit schaltet Abbe sofort aus: das gesetzliche Verbot des Zinsnehmens. Er glaubt, daß dadurch der wichtigste Antrieb zur Darbietung des Besitzes für die Zwecke der wirtschaftlichen Arbeit beseitigt würde. Eine Begründung, die nicht stichhaltig ist, nicht stichhaltig sein kann, weil Abbe die letzte Ursache des Zinses, die im Geldcharakter liegt, nicht erkannt hat. Daß das Verbot unwirksam wäre, darin freilich hat er vollkommen recht. Der Zins muß organisch überwunden werden. Damit kommen wir zu dem Teil der Rede Abbes, der uns heute nicht mehr befriedigen kann. Der Vorschlag zur Überwindung der Zinswirtschaft kann nur dann vollkommen sein, wenn die wirkliche Ursache des Zinses erkannt wird. Vergessen wir aber bei den folgenden Betrachtungen, die Abbe anstellt, nicht, daß er ja nicht eine Abhandlung schreibt über die Beseitigung des Zinses, sondern über das Steuersystem. Daß er nun auf der Suche nach gerechten Steuerquellen auf die allein berechnete Steuer auf arbeitslosem Einkommen verfällt, zeigt die Geistesrichtung dieses Mannes im besten Lichte.

Abbe sieht also die Möglichkeit in der Wegsteuerung des arbeitslosen Einkommens aus Zins. »Den Ausweg . . . zeigt . . . das schlichte Wort: Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist!« sagt er. Da der Zinsbezüger seinen Zins nur

der Einfügung seines Teils des Nationalvermögens »in den Betriebsfonds der Volkswirtschaft eines betriebsamen, arbeitstüchtigen Volkes mit wohlgeordneten Staatseinrichtungen« verdanke, soll er durch eine Steuer dem Staate wieder geben, was er ihm verdankt. Soweit es sich um reinen Zinsertrag, nicht Risikoprämie, handelt. Er verlangt daher die Erhebung einer Vermögenssteuer.

Die Wirkung einer solchen Steuer bestünde in der Entlastung der untern Schichten. Interessant ist dann aber noch folgende Bemerkung:

»Viel höher aber werden die Wirkungen anzuschlagen sein, welche man zu erwarten hat von der Belebung und Steigerung der ganzen Wirtschaftstätigkeit des Volkes, die dadurch eintreten muß, daß große, jetzt dem Konsum vorenthaltene Summen durch den Staat zur Verausgabung gebracht werden.«

Hier ist in einem kurzen Satz auf die Bedeutung des Geldumlaufes für die Wirtschaft hingewiesen, darauf hingewiesen, daß nur dasjenige Geld die Wirtschaft befruchtet, das wirklich Nachfrage hält nach Waren und nicht dem Konsum vorenthalten, d. h. gehamstert wird.

Abbe weist dann darauf hin, daß der Steuerertrag für den Staat ungleich größer wäre als jetzt, so daß er reichlich Mittel hätte, soziale Aufgaben zu erfüllen.

»Es gilt, Millionen von Bürgern noch rechtzeitig vor völliger physischer und sittlicher Verkommenheit zu retten, mit welchen das Wohnungselend in den Industriestädten und in gewissen Bezirken des platten Landes die zahlreichen Hungerindustrien, die es in Deutschland gibt, und ähnliche Ursachen sie bedrohen.«

Scharf rechnet Abbe ab mit den voraussichtlichen Betroffenen.

»Niemand darf, angesichts des gegenwärtigen Vorschlags, auf die Wahrung der ›idealen Güter‹ der Gesellschaft sich berufen wollen . . . Er müßte sich sonst sagen lassen, sein Ideal sei das heckende, sich selbst vermehrende Geld – was allerdings ein sehr ideales Ding insofern ist, als in Wirklichkeit dergleichen nicht existiert.«

Niemand müßte des neuen Systems wegen weniger gottesfürchtig sein, fügt er sarkastisch hinzu. Der reiche Mann könnte nach wie vor der reiche Mann sein,

»mit dem einzigen Unterschied, daß er jetzt diese Mittel entweder in dem Ertrag seiner eigenen Arbeit oder in der Substanz seines Vermögens zu finden hätte – wie es vordem doch auch gewesen ist.«

»Solidarische Volksinteressen gegenüber den Präentionen bevorzugter Stände« lautet Abbes zusammenfassende Parole. Zum Schlusse endlich kommt er noch auf ein wichtiges politisches Moment zu sprechen, dessen Bedeutung wir vor allem heute erst voll zu erfassen vermögen:

»Gegenüber der Sozialdemokratie würde die Aufstellung eines derartigen Programms . . . den Beginn einer wirksamen und ehrlichen Bekämpfung bedeuten. Mit Polemik sie bekämpfen zu wollen, ist ein vollkommen nutzloses, sogar schädliches Unternehmen. Durch geistreiche Parodie ihrer Glückseligkeitstheorien kann man zwar die Lacher auf seine Seite bringen und damit den Philister höheren und niederen Standes über den Ernst der Sache hinwegtäuschen, indem man ihn glauben macht, daß es sich nur um solche »Theorien« handle – der unwiderstehlichen Kraft der Kritik aber, welche die Sozialdemokratie an Einrichtungen und Zuständen übt, kann man damit nicht um einen Deut Abbruch tun. Denn diese Kritik hat nicht Meinung und Theorien zum Gegenstand, sondern Tatsachen. Tatsachen aber schafft man nicht aus der Welt durch noch so geschickte Dialektik, vielmehr, wenn man sie nicht mehr ableugnen kann, nur durch Beseitigung der realen Ursachen auf welchen sie beruhen.«

Abbe hielt diese Rede, die wir heute nicht ohne Ergriffenheit über deren Weitblick und Klarheit lesen, im Jahre 1894. Drei Jahre vorher hatte ein anderer deutscher Unternehmer seine erste Denkschrift über das Geldwesen geschrieben: Silvio Gesell. Welch ein Verlust für beide Männer, welch ein Verlust für Deutschland, daß die beiden sich nicht trafen. Wer Abbes Schriften liest, weiß, daß er rasch und mühelos begriffen hätte, was Gesell forderte, und daß er zu den unerschrockenen Verkündern seiner Reformvorschläge gehört hätte.

### *Über den Arbeiterschutz*

Am gleichen Ort hielt Abbe eine zweite Rede über den Arbeiterschutz, ebenfalls ein Postulat, das er in das Programm der Freisinnigen Volkspartei aufgenommen wissen wollte. Die Rede ist nicht minder interessant als die erste.

Zunächst untersucht er den Unterschied zwischen der früheren, handwerklichen Arbeit und der modernen, fabrikmäßigen. Er schildert die Vor- und Nachteile materieller und geistiger Art, die die moderne Arbeitsweise in sich birgt. Er stellt dann fest, daß das Unternehmertum einerseits und die große Schar der unselbständig Erwerbenden eine natürliche und logische Folge der industriellen Entwicklung waren und sucht nun die natürlichen Grenzen zu ziehen zwischen Arbeit und arbeitslosem Einkommen. So stellt er ausdrücklich fest:

»Beide Begriffssphären (Unternehmer und Arbeiter) überdecken sich zu einem großen Teil, und nur an der Peripherie entstehen da, wo sie ganz auseinanderliegen, gegensätzliche Gruppen, einerseits von solchen, die nichts besitzen und viel arbeiten, andererseits von solchen, die viel besitzen und

nichts arbeiten, wirtschaftlich. Alle dagegen, die mit ihrem Besitz, sei er ein kleiner Acker oder ein großes Vermögen, selbst wirtschaften, sind Kapitalisten im richtigen Sinn nur insoweit, als ihr Wirtschaftsertrag auch die Quote reinen Zinses mit enthält, die ihnen im Schlaf zufließen würde, wenn sie andere mit ihrem Besitz wirtschaften ließen, hinsichtlich dessen, was sie mehr als diesen Zins erzielen, sind sie aber Arbeitstätige.«

Damit ist nicht nur der Begriff des Kapitals als des »Zinserpressenden«, sondern zugleich auch der Begriff des Kapitalisten als des Zinsbezügers dargestellt. Nicht minder deutlich stellt nun, als weitem logischen Schritt, Abbe den Unternehmer auf die Seite der Arbeit:

»Der Pächter, der ein erpachtetes Gut bewirtschaftet, oder der Industrielle, der vorwiegend mit fremdem Geld arbeitet, ebenso auch der Betriebsleiter in irgendwelchen wirtschaftlichen Unternehmungen, die, wie z. B. die Direktoren der Aktiengesellschaften oder die leitenden Beamten der Staatsbetriebe, nur als Mandatare der Kapitalbesitzer fungieren, stehen als Arbeitstätige dem Kapital genau so gegenüber wie ihre Arbeiter, weil sie ja den Zins nicht bekommen, den das Kapital verlangt, sondern mit den Arbeitern zusammen ihn aufzubringen helfen müssen.«

Diese Feststellung ist von grundlegender Bedeutung. Sie enthält aber und erklärt unausgesprochen den großen und fundamentalen Irrtum der Sozialdemokratie. Abbe hat diesen Irrtum denn auch sofort, im Anschluß an diese unwiderlegbaren Feststellungen, aufgedeckt:

»Die Sozialdemokratie beurteilt das Verhältnis von Kapital und Arbeit von dem ganz einseitigen Standpunkt des Klasseninteresses der Arbeiter im engern Sinne, und sie kommt so dazu, den unpersönlichen Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zu einem persönlichen Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu stempeln – in welchen sie nun die heterogensten Dinge hineinpackt, alles unter der ganz äußerlichen Rücksicht, daß dadurch dem Arbeitsertrag der eigentlichen Arbeiter Abbruch getan wird. Sie verdunkelt sich dabei vollkommen die Ursachen der Übel, die sie beseitigen will, und versperrt sich im besonderen die Erkenntnis, daß es zwei ganz verschiedene Stellen sind, an welchen der wirtschaftlich soziale Schuh drückt – zwei Stellen, die, zwar äußerlich dicht nebeneinander, doch auf ganz verschiedene Art krank sind und durchaus verschiedene Heilmittel erfordern, keineswegs mit einem Universalmittel kuriert werden können.«

Es entsteht nun die Frage, wie die Schäden der fortschreitenden Industrialisierung ausgeglichen werden können durch Auswertung der Vorteile, die durch sie geboten werden. Abbe glaubt, daß diese günstige Bilanz nicht von selbst zustande kommen könne. »Angesichts der offenkundigen Wirkungen des ungezügelter Industrialismus in allen Ländern ist darüber kein Wort mehr zu verlieren.« Er verlangt daher, daß der Staat durch eine ent-

sprechende Rechtsordnung den Schutz der Arbeit sichere. Dabei verfällt Abbe etwa gar nicht dem Irrtum, als seien die Voraussetzungen des freien Wettbewerbs im herrschenden System verwirklicht, wie so viele moderne Theoretiker dies fälschlicherweise behaupten. Er stellt ausdrücklich fest, daß es sich um einen Interessenstreit handle, »bei welchem der eine Teil von vorneherein alle Attribute wirtschaftlicher Übermacht auf seiner Seite hatte«. Darum und weil Abbe eben den Fehler des heutigen Geldsystems noch nicht erkannt hatte, fordert er die staatliche Regelung. Er stellt das an sich ganz zweifellos richtige Ziel der Staatskunst auf:

»Es muß sich darum handeln, denjenigen Stand, der als Nachfolger des Handwerkerstandes und bald als dessen einziger Erbe die körperliche Arbeit in der Wirtschaftstätigkeit der Nation zu leisten hat, auf ein solches wirtschaftliches Niveau und auf eine solche Rechtslage zu erheben, daß er, trotz der Unselbständigkeit der einzelnen bei ihrer Arbeit, die feste, gesunde Grundlage des Volkslebens an Stelle des alten Handwerks zu bilden vermöge.«

Abbe geht nun dazu über, den sittlichen Rechtsanspruch der Arbeit auf genügenden Schutz zu begründen und findet dabei sehr kräftige Worte gegen eine bestimmte Schicht seiner Volksgenossen.

»Es gehört der angeborene Hochmut des Junkers oder der erworbene Dünkel des Protzen dazu, nicht sehen zu können, daß die Tausende, die in rußigem Kittel ihre tägliche Arbeit im Dienst von Unternehmern verrichten, nicht etwa Menschen einer inferioren Rasse sind, sondern Glieder desselben Volkes, denen nichts weiter fehlt, als daß ihre Väter nicht reich genug waren, sie sechs oder acht Jahre länger auf der Schulbank zu belassen; dann würden sie alles, was jetzt ihre Vorgesetzten zu leisten haben, im Durchschnitt ebensogut tun können – etliche von ihnen aber noch viel besser.«

Aus diesen Worten spricht der Arbeitersohn Abbe, der ja selbst ein lebendiges Zeugnis für seine Behauptung darstellte. Er lehnt daher die Forderung nach Botmäßigkeit dieser untern Schichten mit aller denkbaren Schärfe ab, und es klingt wie das Glaubensbekenntnis eines Revolutionärs, wenn er mit folgenden Worten gegen diesen Ungeist losbrennt:

»Ich betrachte es als ein wahres Glück für das deutsche Volk, daß es in seinen untern Schichten noch eine genügende Zahl von solchen enthält, die auf jene Zumutungen reagieren müssen mit Erbitterung und Haß. Denn viel schlimmer als dieses akute Gift ist für die Volksseele das schleichende Gift der Gewöhnung an Heuchelei und Knechtsinn. Kein Volk hat eine ehrenvolle Stellung unter den Völkern behaupten können, wenn seine Einrichtungen dazu führten, die Bediententugenden bei sich zu züchten, Gehorsam und Unterwürfigkeit. Und diejenigen, welche der Sozialdemokratie gegenüber mit Vorliebe die »idealen Güter« ausspielen, sollen besonders

bedenken, daß es für jeden, auch für den schlichten Arbeiter, eines von den idealsten Gütern ist: sich nicht als Knecht eines anderen fühlen zu müssen.«

Diese Worte sind von einer unerhörten Aktualität, und es ist kaum anzunehmen, daß Ernst Abbe heute ein gerngesehener Volksgenosse des tausendjährigen Reiches jenseits des Rheines wäre.\*)

Abbe faßt daher als ein erstes und grundlegendes Gebot des Arbeiterschutzes die Unantastbarkeit des Menschenrechtes jedes Arbeiters auf. Die Gesinnung soll niemals durch einen Arbeitsvertrag beeinflußt werden dürfen.

»Alle Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis beziehen sich ausschließlich auf die Leistung der vertragsmäßigen Arbeit. Keinem darf seitens des Arbeitgebers oder seiner Organe irgendwelche sonstige Botmäßigkeit oder Rücksichtnahme direkt oder indirekt angesonnen werden.«

Der deutsche Staatsbürger, der Bürger der deutschen Monarchie fügt dieser Zusammenfassung die Forderung an, daß vor allem auch in allen Staatsbetrieben diese Sätze groß angeschlagen werden sollten. Nun wird untersucht, was alles in industriellen Betrieben bereits geregelt ist und was nicht. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dann dem Problem der Konkurrenz im herrschenden System und seiner Wirkung auf die Arbeiter. Es ist, im Hinblick auf moderne Männer der Tat, nicht uninteressant auch hierüber die wesentlichsten Sätze festzuhalten:

»Das wichtigste und meistgebrauchte Mittel in einem nur durch Rücksichten des eigenen Vorteils geleiteten Wettbewerb ist immer das Unterbieten anderer in den Preisen der Arbeitserzeugnisse, und hiezu stachelt namentlich der Handel immer mehr an, je mehr er sich als Vermittler zwischen Konsument und Produzent überall eindringt. Denn der Zwischenhandel hat ein ganz besonderes Interesse daran, den Konsum dahin zu lenken, wo der geringere Preis ihm Spielraum für größeren eigenen Gewinn läßt. Der Unternehmer selbst will dabei von seinem Verdienst möglichst wenig abgeben und kann auch auf Arbeitsgebieten mit starker Konkurrenz öfters nicht anders, wenn ihm ein mäßiges Äquivalent für eigene Arbeit noch übrig bleiben soll. Die Herabsetzung des Produktionspreises in der Konkurrenz der Unternehmer geht daher, soweit sie nicht durch die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsmethoden getragen ist, durchaus auf Kosten der Arbeiter. Sie erzeugt die ausgesprochene Tendenz, für den gleichen Lohn größere Arbeitsleistung durch längere Arbeitszeit oder stärkere Anspannung der Arbeitskraft zu gewinnen.«

»Die Verbilligung der Industrieerzeugnisse kommt aber nur zu einem relativ kleinen Teil den Arbeitern selbst, zum weitaus größten Teil den wohlhabenden Klassen zugute.«

\*) Dieser Aufsatz entstand im Jahre 1939, während der Zeit des Nationalsozialismus.

Sollen nun neue Verbote erlassen werden? Soll man etwa die Konkurrenz, den Wettbewerb ausschalten, zur staatlichen Produktion übergehen? Die Frage wird von Abbe glatt verneint:

»Ebensowenig aber, wie die Wirkung des Zinswesens vernünftigerweise durch (gesetzliche) Beseitigung des Zinsnehmens, ebensowenig ließen sich die Folgen der Klassenscheidung in der organisierten Arbeit aufheben durch Außerkurssetzen der Triebkräfte, die der Wettbewerb und die Ausgleichung von Angebot und Nachfrage in die Wirtschaftstätigkeit einführen.«

Daher kommt Abbe zu der Forderung, die er in zwei Postulaten zusammenfaßt: *Vorsorge zur Schonung und Erhaltung der physischen Volkskraft und Haftung für den regelmäßigen Verbrauch dieser Volkskraft. Zur Erfüllung dieser Postulate, in welche er z. B. den Achtstundentag einschließt, will er wiederum das arbeitslose Einkommen heranziehen, da es die Pflicht habe, diese Postulate zu verwirklichen.* Es spielt hier wesentlich keine Rolle, in welcher Form Abbe diese Maßnahmen durchführen wollte, wichtig und entscheidend ist allein der Grundsatz, nach welchem dies geschehen soll. Wichtig ist, daß er diese Pflicht sieht und betont, wobei er sich gleichzeitig mit Schärfe gegen die »Wohlfahrtsapostel« wendet und sich dagegen wehrt, daß mit der Geste der Mildtätigkeit ein kleiner Teil dessen gnädig zurückgegeben wird, was man vorher scheffelweise den gleichen Leuten abgenommen hat. Und wenn Abbe vom gesunden Klasseninstinkt spricht, der den Arbeiter gegenüber solchen Bemühungen des Wohlwollens kühl sagen lasse: »Keine Wohltaten – besseres Recht«, so wird man dabei unfehlbar an Pestalozzis herrliches Wort erinnert, daß die Wohltätigkeit das Recht im Mistloch der Gnade verscharre. Es zeigt aber auch, wie überall das Streben nach Gerechtigkeit und das »heitere Denken« über diese Dinge, um einen Ausdruck Pestalozzis zu gebrauchen, auch immer wieder zu den gleichen Ergebnissen und Erkenntnissen und Forderungen führt.

So wird der Schutz der Arbeiter von Abbe zu einer Pflicht der Allgemeinheit gestempelt und die Vertretung dieser Forderung als Programmpunkt einer Partei aufgestellt, die sich freisinnig nennen wolle. Es entzieht sich meiner Kenntnis, wie diese Partei auf das Ansinnen Abbes reagierte. Eines aber ist sicher: diese Forderungen sind in ihrer ethischen sowohl wie in ihrer wirtschaftlichen Begründung als soziale Postulate heute dringender als je. Und mit Stolz und Freude stelle ich fest, daß der Freiwirtschaftsbund es ist, der diese elementaren Forderungen der Menschlichkeit und der Freiheit zu den seinigen gemacht und die gangbaren Wege zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt hat.

Leider ist ein dritter Vortrag, den Abbe in diesem Zyklus hielt, uns nicht erhalten. Er sprach im dritten Vortrag über »Volksbildung«, und es ist zwei-

fellos, daß er auch hierzu Wesentliches vorgebracht hat. Einen Teil der in jenem Vortrag aufgestellten Postulate suchte er dann in die Carl-Zeiß-Stiftung hinüberzunehmen, unterließ es dann aber aus bestimmten und gewichtigen Gründen. Vor allem lag ihm die Forderung am Herzen, daß »Söhnen des Arbeiterstandes die Wege zu höherer Ausbildung eröffnet« würden.

### *Über die Gewinnbeteiligung*

Abbe hat aber nicht nur zu diesem allgemeinen sozialpolitischen Problem Stellung genommen. Als Unternehmer wurde er genötigt, zu ganz speziellen und konkreten Fragen Stellung zu beziehen. Da war zunächst das Postulat der Gewinnbeteiligung der Arbeiter, das in jener Zeit immer mehr zur Diskussion gestellt wurde und von welchem man sich weitgehend die Lösung des sozialen Problems erhoffte. Abbe war stets darauf bedacht, das Wohl seiner Arbeiter zu fördern. Er war aber ebenso sehr darauf bedacht, das Wohl des Unternehmers zu fördern, wohl wissend, daß dieses die Grundlage des Wohlergehens aller daran Beteiligten war. So suchte er sie beide in Einklang zu bringen. Eine rein schematische, in irgendeiner Prozentzahl des Reingewinnes ausgedrückte Beteiligung der Arbeiter am Reingewinn, wie sie andernorts praktiziert wurde, lehnte er mit ausführlicher und überzeugender Begründung ab. Dagegen suchte er eine neue Regelung, die er dann in der Folge in das Statut der Carl-Zeiß-Stiftung übernahm, ein. Er faßt die Regelung selbst folgendermaßen zusammen:

»Jeder – Arbeiter und Angestellter – muß mit einem festen Zeitlohn pro Woche oder Monat eingestellt werden, der bei aller Akkord- oder Stückerarbeit als Mindestverdienst gewährleistet ist.

Der Zeitlohn, den er einmal erlangt und durch ein Jahr oder länger fortbezogen hat, kann seitens der Firma nicht mehr herabgesetzt werden, auch dann nicht, wenn bei ungünstigem Geschäftsgang die Arbeit eingeschränkt wird.

Dem Unternehmer bleibt als Ausweg in solchem Fall zwar die Kündigung der Arbeitsverträge; diese jedoch ist vollkommen frei nur gegenüber solchen, die erst kurze Zeit im Betrieb tätig waren. Allen, die drei Jahre oder länger ihm angehören, muß, wenn ihnen nicht wegen eigenen Verschuldens, sondern aus irgendwelchen Rücksichten des Betriebsinteresses (also z. B. wegen verminderter Arbeitsgelegenheit) gekündigt wird, eine bestimmte Abgangsschädigung gewährt werden. Diese beträgt mindestens den Lohn für ein halbes Jahr, wächst aber mit der Länge der Dienstzeit und erreicht für ältere Leute ein Multiplum des ganzen Jahreslohnes.«

Der Vorteil dieses Systems ist in die Augen springend. Der Unternehmer einerseits wird gezwungen zu einer gewissen Reservenbildung in den Jahren

des guten Geschäftsganges, der Arbeiter andererseits wird von starken Schwankungen seines Einkommens bewahrt. Er wird aber andererseits die Vorteile dieser viel dauerhafteren Sicherstellung sich durch Qualitätsarbeit erwerben müssen, da selbstverständlich das Unternehmen nur solche Arbeiter dauernd beschäftigen wird, die sich durch Qualitätsarbeit ausgewiesen haben und jederzeit ausweisen. – Es war Abbe ganz offensichtlich eben nicht nur darum zu tun, eine Regelung zu finden, die den Arbeitern nützte und Schutz bot, sondern eben auch eine solche, die für das Unternehmen die denkbar günstigste war. Er mußte wirtschaftliche Gesichtspunkte für diese Regelung ins Feld führen. Er mußte wirtschaftlich denken, wirtschaftlich handeln. »Denn«, so sagt er in einer Darlegung über die Lohnregelung in seinem Unternehmen, »wir in Jena können doch die Welt nicht anders machen, wie sie einmal ist. Wir können auf dem gegebenen Boden unsere Angehörigen möglichst günstig stellen, aber nicht andere als wirtschaftliche Normen dafür maßgebend sein lassen. Wir können nicht etwa sagen, daß diejenigen, welche viele Kinder haben, deshalb einen höheren Lohn als die übrigen haben müssen. Wenn wir das tun wollten, dann würden wir in 10 Jahren eine Versammlung von Leuten mit vielen Kindern sein; die andern aber, welche nicht viele Kinder haben, würden nicht zu uns kommen, weil sie nicht entsprechend bezahlt würden. . . .

Der Maßstab bei uns muß also so sein: Jeder, der bei uns arbeitet, muß so viel erhalten, wie er nach der Wertschätzung seiner Fähigkeiten und seiner persönlichen Leistungsfähigkeit anderwärtig dafür bekommen würde. . . .

Nun können wir aber versuchen, auf dem Boden einer derartigen Regelung möglichst allen mehr zu geben, als sie erhalten, weil sie unserer Genossenschaft angehören. Das gibt uns dann Sicherheit, daß wir hinsichtlich aller Arbeiter nicht nur die gleichen Chancen haben wie andere Unternehmer, sondern sogar noch etwas günstigere – eben weil wir besser bezahlen. Wir können dann aber auch weiter mit Sicherheit darauf rechnen, für alle Arbeitskategorien tüchtige Kräfte zu haben.«

Diese Argumentation zeigt, wie scharf der Gelehrte als Unternehmer den wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Spielregeln nachzugehen suchte und wie richtig er sie erkannte, wie sicher er sie entdeckte. Es ist unmöglich, hier auf die Einzelheiten der durchgeführten Lohnregelung einzutreten, es ist auch unnötig, da die Skizzierung des Grundgedankens hier vollkommen genügt.

Das Beispiel und die Argumentation Abbes zeigen übrigens einmal mehr, mit welcher Präzision und mathematischen Sicherheit das Gesetz von Angebot und Nachfrage spielt und spielen wird, wenn man nur die Hindernisse der freien Wirtschaft zum Verschwinden bringt und damit die Möglichkeit des freien Wettbewerbes schafft.

## *Über die Arbeitszeitverkürzung*

In engem Zusammenhang mit der Frage der Gewinnbeteiligung steht das zweite Problem, das Abbe in zwei Vorträgen behandelte, das Problem der Arbeitszeitverkürzung. Er geht auch diesem Problem mit jener wissenschaftlichen Sorgfalt und Überlegung auf den Leib, wie sie allen seinen Untersuchungen eignen und deren Lektüre zu einem Genusse gestalten. Er hat das Problem nicht am Schreibtisch, gewissermaßen als Denksportaufgabe zu lösen versucht. Er gründet seine Darlegungen auf langjährige und intensive Beobachtungen innerhalb des Unternehmens, dem er vorstand. Es wurden zahlreiche Versuchsreihen durchgeführt und auf Grund äußerst klug ausgedachter Berechnungsmethoden die Ergebnisse rechnerisch festzuhalten versucht.

Die Berechnungen ergaben in ganz frappanter Übereinstimmung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit keine Herabsetzung der Tagesleistung, wohl aber in sehr vielen Fällen eine Mehrleistung ergab. So leisteten in einem Jahre mit achtstündiger Arbeitszeit 30 Arbeiter das gleiche wie im vorhergehenden Jahre 31 Arbeiter bei neunstündiger Arbeitszeit. Eine Verlängerung der Arbeitszeit brachte höchstens zu Beginn eine Erhöhung der Arbeitsleistung, nachher fiel diese unter diejenige der kürzeren Arbeitszeit. Zu diesem ersten Ergebnis gesellte sich ein zweites: die gleiche Erscheinung zeigt sich in allen Tätigkeitszweigen. In allen Berufszweigen. Das ergab sich für Abbe, indem er die praktischen Versuche in anderen Berufszweigen, wie sie vor allem in England gemacht worden waren, zu Rate zog und sie mit den seinigen verglich.

Abbe erforschte aber auch den Grund dieser Erscheinung. Er sagte sich: Diese Erscheinung muß ihren Grund in einer Ursache haben, die allen gemeinsam ist, die auf alle in derselben Art wirkt, also Ursachen, die aller industriellen Arbeit gleichermaßen zukommt und die ferner allen menschlichen Organismen gleichermaßen eignet.

Da ist einerseits die, als Folge der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Reduktion der Arbeit eines einzelnen auf eine immer wiederkehrende Teilarbeit, immer wiederkehrende Ermüdung bestimmter Muskelpartien. Diese immer wiederkehrende Ermüdung, dieser immer wiederkehrende Verbrauch, muß notwendig ausgeglichen werden durch die nötige Regeneration, d. h. durch Ruhe und Ernährung. Das Gleichgewicht zwischen Kräfteverbrauch und Kräftezufuhr muß hergestellt werden. Wird es nicht hergestellt, muß notwendigerweise die Leistung zurückgehen, weil sie eben rein physisch nicht mehr möglich ist. Es ist nun ganz selbstverständlich, daß jeder Organismus fast automatisch darnach trachtet, nur so viel an Kraft und Energie auszugeben, als er auszugeben imstande ist. Mit andern Worten,

der Arbeiter leistet in neun Stunden nicht mehr, als er in acht Stunden leistet, weil er eben kaum mehr leisten kann auf die Dauer und im Durchschnitt. Läßt man ihn acht Stunden arbeiten, dann wird die Arbeit intensiv und das Resultat derselben steht demjenigen der neunstündigen Arbeit nichts nach. In dieser Erscheinung müssen wir übrigens auch den Grund dafür kennen, daß eben die Kürzung des industriellen Arbeitstages nicht etwa zu einer Reduktion der Reservearmee, d. h. des Arbeitslosenheeres, führt, wie viele Arbeiterführer das erhofften.

Abbe bezeichnet nun diesen Mehrverbrauch an Zeit ohne Mehrleistung beim Neun- und Zehnstudentag mit Recht als einen unnötigen, ja schädlichen Leerlauf.

»Diese Kraftvergeudung durch nutzlosen Leergang des Menschen geht auf Kosten der Mitwirkung der Intelligenz und der Regsamkeit des Menschen und bedeutet, daß ein wertvolles Kapital, welches Deutschland besitzt in der natürlichen Intelligenz seiner arbeitenden Schichten, zum großen Teil brach liegen bleibt, weil die Bedingungen abgeschnitten sind, unter denen diese Intelligenz voll zur Geltung kommen könnte.«

Darum verlangt Abbe die Drittelung des Tages: 8 Stunden Unternehmerdienst – 8 Stunden Schlaf – 8 Stunden Mensch sein. Diese Forderung widerspricht selbstverständlich jenem »Herr-im-Hause-Standpunkt« einer gewissen Herrschicht, die den arbeitenden Menschen von vorneherein nicht als Mensch, sondern als Arbeitstier und Ausbeutungsobjekt betrachtet. Aber Abbe vertritt eben den gerade entgegengesetzten Standpunkt. Er hat selbst gesehen, wie die lange Arbeitszeit die Arbeiter ruinierte. Nicht umsonst beschwört er in diesem Vortrag seinen Vater herauf, der bis zu 16 Stunden arbeiten mußte. »Mein Vater war ein Mann von Hünengestalt, einen halben Kopf größer als ich (man muß wissen, daß Abbe fast 2 m hoch war), von unerschöpflicher Robustheit, aber mit 48 Jahren in Haltung und Aussehen ein Greis; seine weniger robusten Kollegen waren mit 38 Jahren Greise.«

So wird Abbe, nicht auf Grund einer politischen Tagesforderung, sondern auf Grund seiner eigenen Erkenntnis und seines Wahrheitsdranges, zu einem überzeugten Befürworter des Achtstudentages, und seinen Unternehmerkollegen, die in blinder Herrschsucht an ihrem alten Standpunkt festhalten, sagt er es deutsch und deutlich; wenn ihr Festhalten an der alten Auffassung Unverstand und Torheit gewesen sei, so werde »das weitere Festhalten an diesem Standpunkt für die Zukunft Frevel zu nennen sein«.

Immer wieder begegnen wir diesem freiheitlichen Geist, dieser unabhängigen, durch keinerlei Schlagworte zu trübenden Sprache des Gewissens und der Wahrheit. Unbeirrbar geht Abbe seinen Weg. Der kurze Überblick über seine Schriften und Reden sozialpolitischen Inhalts hat ihn als einen Mann der Freiheit, der Wahrheit, der Gerechtigkeit gezeigt. Er weiß: Ge-

rechtigkeit muß allen werden. Gerechtigkeit schließt das Vorrecht aus. Freiheit muß allen werden. Wenn sie nur einer Minderheit zusteht, ist es keine Freiheit mehr. Darum wendet er sich scharf, rücksichtslos gegen alle Ungerechtigkeit. Er sieht aber auch, wo die Gerechtigkeit mangelt, wo sie vor allem nottut. Er versteht den tiefen Sinn der sozialistischen Bewegung, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Er sieht gleichzeitig, daß die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems die sozialen Gegensätze notgedrungen vergrößern muß, nach den Gesetzen des Zinssystems. Und er erkennt abermals, und hierin liegt die Bedeutung und Größe seiner sozialpolitischen Arbeit, daß der Weg des Marxismus, der Verstaatlichung der Wirtschaft, falsch ist, daß der Weg über die Überwindung der Zinswirtschaft führt und daß die Wirtschaft grundsätzlich frei gestaltet werden muß. Er gehört also ganz zweifellos in die Reihe der liberalen Sozialisten.

### *Das Carl-Zeiß-Statut*

Das Werk des Unternehmers und Sozialpolitikers Abbe findet seine Krönung im Statut der Carl-Zeiß-Stiftung. Dieses Statut ist das Werk langer Jahre, unendlichen Nachdenkens und immer wiederkehrenden Überprüfens.

Das Unternehmen, dessen verantwortlicher Leiter er war, wurde immer größer und immer bedeutender. Nach dem Tode von Carl Zeiß wurde dessen Sohn Roderich Teilhaber. Es zeigten sich aber zwischen Abbe und Roderich Zeiß verschiedene Differenzen, die mit der Zeit eine Zusammenarbeit als unmöglich erscheinen ließen. Abbe selbst hatte keinen Sohn, der als präsumptiver Nachfolger in Frage kam. Die Zukunft des Werkes mußte daher den alternden Mann immer mehr beschäftigen. Hervorgegangen aus einer kleinen und bescheidenen Werkstätte, war es ein Weltunternehmen, das in der ganzen Welt die besten Produkte seiner Art lieferte. Trotzdem eignete ihm noch immer der Charakter einer wohlabgestimmten Arbeitsgemeinschaft zwischen Leiter und Arbeitern. Aber es bestand die natürliche und in der wirtschaftlichen Situation bedingte Möglichkeit, daß sich das Unternehmen zu einem jener Mammut-Betriebe auswuchs, dessen einziges Ziel die Erzielung möglicher Riesengewinne war. Denn selbstverständlich wurden im Zeitalter der Technik für die Qualitätsprodukte der Zeiß-Werke, die unerreicht dastanden, auch Qualitätspreise bezahlt, so daß der finanzielle Segen nicht ausblieb. Es galt also, Mittel und Wege zu finden, das Unternehmen seiner Zweckbestimmung und in seinem Charakter unverfälscht zu erhalten. Diese Aufgabe war nicht leicht zu lösen. Bei Familienunternehmungen, wo Unternehmergenerationen sich ablösen, ist das Problem einfach und klar. Hier waren neue Mittel und Wege zu suchen.

Einerseits erhob sich die Frage: Wie sichern wir die Unabhängigkeit in der Leitung? Ein Staats-Unternehmen aus dem Werke zu machen kam von vorneherein nicht in Frage. Wie sorgen wir andererseits dafür, daß die Rechte der Arbeiter-gewahrt bleiben? Eine Vergenossenschaftlichung kam ebenfalls nicht in Frage, da ja auch sie den Grundsätzen Abbes widersprochen hätte. Ein Freund Abbes fand den Ausweg: Juristische Person. Träger der Stiftung wurde eine juristische Person.

Und nun wollen wir versuchen, in Kürze den Sinn der Stiftung zu umreißen. Die Zweckbestimmung derselben umfaßt zwei Teile: Zwecke innerhalb und außerhalb des Rahmens der Stiftung. Als Zwecke im Rahmen der Stiftung selbst werden genannt:

1. Pflege der Zweige feintechnischer Industrie, welche durch die optische Werkstätte und das Glaswerk unter Mitwirkung des Stifters in Jena eingebürgert worden sind, durch Fortführung dieser Gewerbsanstalten unter unpersönlichem Besitztitel; im Besonderen

2. Dauernde Fürsorge für die wirtschaftliche Sicherung der genannten Unternehmungen, sowie für Erhaltung und Weiterbildung der in ihnen gewonnenen industriellen Arbeiterorganisation – als der Nahrungsquelle eines zahlreichen Personenkreises und als eines nützlichen Gliedes im Dienst wissenschaftlicher und praktischer Interessen;

3. Erfüllung größerer sozialer Pflichten, als persönliche Inhaber dauernd gewährleisten würden, gegenüber der Gesamtheit der in ihnen tätigen Mitarbeiter, behufs Verbesserung ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Rechtslage.

Zu den Stiftungsaufgaben außerhalb des Rahmens der Stiftung gehören:

1. Förderung allgemeiner Interessen der obgenannten Zweige feintechnischer Industrie im eigenen Wirkungskreis der Stiftungsbetriebe wie außerhalb derselben.

2. Betätigung in gemeinnützigen Einrichtungen und Maßnahmen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung Jenas und seiner nächsten Umgebung.

3. Förderung naturwissenschaftlicher und mathematischer Studien in Forschung und Lehre.

Diese Umschreibung der Zweckbestimmung zeigt ganz klar die doppelte Funktion des Unternehmens: es soll der Technik und Wissenschaft dienen und andererseits als wirtschaftliche Grundlage für eine große Gemeinschaft Arbeitender dienen. Die Aufgabe der Stiftungsbehörden ist genau umschrieben. Jeder Stiftungsbetrieb erhält einen Vorstand, dem die gesamte innere Betriebsleitung untersteht. Die Stiftungsverwaltung selbst ist in der Geschäftsführung durch den Stiftungskommissar vertreten. Der Stiftungskommissar trifft die Entscheidung, wenn die Geschäftsleitung, die aus höchstens vier Personen besteht, sich nicht einigen kann, im übrigen sind seine

Funktionen genau umschrieben. Die Mitglieder der Geschäftsleitung werden durch die Verwaltungskommission ernannt und dürfen keinen auf ihre Funktion bezüglichen Titel führen. Die Vorstandsmitglieder haften solidarisch für Schaden, der aus Übertretung ihrer Kompetenz entsteht.

Wichtig ist vor allem die Bestimmung, daß das Unternehmen sich nicht an ändern, fremdartigen beteiligen darf, »auch nicht zum Zweck bloßer Vermögensanlage«. Das ist ein außerordentlich wichtiger Grundsatz. Wenn wir das heutige Unternehmertum betrachten, dann sehen wir, daß es sich gegenüber früher gewaltig geändert hat. Die Unternehmer haben ihre finanziellen Interessen meistens nicht mehr nur auf ihr eigenes Unternehmen, sondern auf zahlreiche andere verteilt, was sicherlich von größtem Nachteile ist. Dieser Entwicklung wollte Abbe vorbeugen. Gleichermäßen verhinderte er die Abtretung von Fabrikteilen. Ausdrücklich wird festgelegt, wie die idealen Aufgaben der Stiftungsbetriebe zu wahren seien. Das Hauptaugenmerk ist zu richten auf die Steigerung der Leistungen und den Dienst an der wissenschaftlichen Forschung. Insbesondere sollen vor allem, ohne Rücksicht auf den Geschäftsgewinn, jene Arbeiten gepflegt werden, »welche technisch hochstehende Einzelarbeit erfordern«, weil dadurch ein höheres Niveau technischer Leistungsfähigkeit erhalten bleibe.

Wichtig ist, daß der Reservefonds nicht über ein bestimmtes Maß hinaus erhöht werden darf. Abbe wollte dadurch eben die Verwandlung des Unternehmens in ein rein kapitalistisches verhindern. Für die Vermögensanlagen soll jede Spekulation ausgeschlossen sein. Für die Verwendung der Überschüsse werden ebenfalls genaue Vorschriften erlassen. Ein besonderer Teil des Statuts ist sodann den Rechten und Pflichten der Angestellten und Arbeiter gewidmet. Dabei wird auch die Lohnregelung festgesetzt und ein Arbeiterausschuß gebildet.

Daß dieser Arbeiterausschuß nicht etwa nur als papiere Institution gedacht ist, das beweist eine Rede, die Abbe diesem Ausschuß einst hielt. Diese Rede hielt er deswegen, weil der Arbeiterausschuß noch nie, wie er das Recht gehabt hätte, von sich aus zusammengetreten war, sondern immer nur auf Anlaß der Geschäftsleitung. Abbe ermunterte daher die Arbeiter, von ihrem Recht Gebrauch zu machen.

»Nun ist es aber in Deutschland nur der Bundesrat, der dem Reichstag gegenüber so verfährt, daß er dem, der das Recht hat, gehört zu werden, keine Antwort gibt; bei jedem ändern wird man das als grob und unpassend ansehen. Da Sie nun immer annehmen dürfen, daß diese Bestimmungen des Statuts niedergeschrieben und getroffen sind unter der Voraussetzung, daß es sich um den Verkehr unter anständigen Leuten handelt, so können Sie die Sicherheit haben, daß damit ausgedrückt werden soll, daß die Geschäftsleitung nicht nur alles, was der Ausschuß vorbringt, anhören, sondern auch

immer eine Antwort geben wird, die anständigerweise auch immer mit Gründen versehen sein muß«.

In der gleichen Rede, in welcher er die Arbeiter ersucht, jederzeit von ihrem demokratischen Rechte Gebrauch zu machen, wenn es ihnen nötig erscheine, wendet er sich dann auch scharf gegen die »Scharfmacher«, die zwischen Arbeiter und Unternehmer Zwietracht säen wollen. Sie hätten hier keinen Platz und keinen Sinn. »Bei uns gibt es nur ein Zusammenarbeiten auf dem Boden der friedlichen Interessenausgleichung.« Der Kampfhahn, dem nicht ein anderer in derselben Positur gegenüber steht, ist eine lächerliche Figur, und das Kikeriki, dem nicht ein anderes Kikeriki entgegönt, ist ein komisches Geräusch!«.

Die Stiftung erhielt durch die Genehmigung der Regierung schon zu Lebzeiten des Stifters Rechtskraft. Abbe wollte die Wirksamkeit des Statuts noch selbst erleben und erproben. Für seine Witwe begnügte er sich mit einer sehr bescheidenen Abfindungssumme, wobei er stets im Einverständnis mit seiner Gattin handelte. So konnte er sein Werk selbst erproben, und er sah, daß es gut war. Roderich Zeiß war schon vorher aus dem Unternehmen ausgetreten und hatte sich mit einer Auskaufssumme abgefunden, da er die *Intentionen Abbes, dessen Verdienste um das Werk er wohl kannte* und achtete, nicht stören wollte.

So hat Abbe ein Werk geschaffen, das die Jahrzehnte überdauerte und heute noch ist, was es einst war. Mit einer Einschränkung. Der Nationalsozialismus hat auch vor diesem Werke eines wahrhaften Demokraten nicht Halt gemacht, und, entgegen einer klaren Bestimmung des Statuts, daß keinerlei parteipolitische Gründe irgendwie im Werke maßgebend sein dürfen, die Zeiß-Werke gleichgeschaltet. Das Statut freilich wagte er nicht anzutasten, so daß man hoffen darf, das Werk Abbes werde den Zusammenbruch des tausendjährigen Reiches überdauern und fortleben als Zeugnis eines wahrhaft freien und unabhängigen Geistes.

### *Der Tod*

Im Jahre 1903 mußte Abbe aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten verlassen und zurücktreten.

Es war ihm nur ein kurzer wenn auch leidvoller Lebensabend beschieden, den er freilich nicht untätig und ruhevoll verbrachte. Es ist wie ein Symbol seiner Lebensarbeit, daß er als letztes Werk ein Volkshaus schuf. Er leitete den Bau von seinem Krankenlager aus. Das Volkshaus sollte allen, aber wirklich restlos allen Menschen und Menschengruppen offen stehen. In seinem Lesesaal hingen sämtliche Zeitungen, vom blutigsten Rot bis hinüber zum tiefsten und dunkelsten Schwarz. In diesem Volkshaus wurde seine

Leiche aufgebahrt, nachdem der Tod am 14. Januar 1905 dem Fünfundsechzigjährigen als Erlöser nahte. Arbeiter hielten die Totenwache und unabsehbar war die Menge derer, die am Sarge vorüberschritten, das Herz voller Trauer und Dankbarkeit. Die Beisetzung vollzog sich, nach den genauen Vorschriften Abbes, in einfachstem Rahmen. Seine Asche wurde auf dem Friedhof zu Jena beigesetzt.

Kristallklar und durchsichtig ist dieses Leben. Denn sein Inhalt ist die Wahrheit, sein Ziel die Gerechtigkeit. Nichts vermochte diese klare Entwicklungslinie zu stören. Unaufhaltsam trieb dieses Menschenleben seiner Vollendung entgegen, suchte es den Sinn seines Daseins zu erfüllen. Fern aller Phantasterei, fand der Drang eines heißen, nach Gerechtigkeit hungrigen Herzens in der kühlen Vernunft eines klaren Geistes seine vollendete und gestaltende Kraft. Darum aber bleibt es unzerstörbar und unvergänglich, weil die Wahrheit unzerstörbar ist und die Sehnsucht nach Gerechtigkeit lebendig sein wird, solange es Menschen gibt.

Das Lebenswerk Ernst Abbes ist gerade in der heutigen Zeit von doppelter Bedeutung. Der Gedanke der Freiheit ist umstrittener denn je, die Massenseuche der Flucht in die Unfreiheit zu einer europäischen Krankheit geworden. Man kann an einer Krankheit sterben oder kann von ihr genesen. Genesen können wir nur, wenn wir wieder erkennen, was Freiheit ist, ihren Sinn begreifen und verstehen. Es ist eine tröstliche Erscheinung, daß ihr Sinn in einem deutschen Manne in einer Art und Weise lebendig war, wie er heute bei den allerwenigsten Schweizern mehr lebendig ist. Der schöpferische Mensch ist ein Mensch der Freiheit. In ihr allein ist schöpferische Arbeit möglich, in ihr erfüllt sich der Sinn der Schöpfung.

Gerade darum haben wir das Leben und Werk Ernst Abbes zum Gegenstand unserer Betrachtung gemacht, weil es uns in dieser Hinsicht Vorbild und Stärkung bedeutet. Sein Leben hat die Menschheit bereichert, die Größe seiner Gedanken und Ideen tritt uns heute deutlicher denn je entgegen. Mehr: sie steht erfüllungsheischend vor uns, und so wollen wir denn, in tiefer Dankbarkeit, das Banner der Freiheit, das über dem Leben dieses deutschen Demokraten flatterte, weitertragen, solange unsere Kraft reicht.

# Stiftungsunternehmen

als ein erster Schritt zur Überwindung  
des Gegensatzes von Kapital und Arbeit

*Heinz-Hartmut Vogel*

## *Das Beispiel der WALA-Stiftung\*)*

Die WALA-Stiftung und die WALA-GMBH sind aus der ursprünglichen WALA-OHG mit vollhaftenden Gesellschaftern hervorgegangen. Als anthroposophisch orientierter Heilmittelbetrieb, der Heilmittel herstellt nach der auf Dr. Rudolf Steiner, den Begründer der Anthroposophie, zurückgehenden medizinisch-menschenkundlichen – und die Naturreiche mit einbeziehenden – Weltanschauung, verfolgt WALA von Anfang an eine entsprechende Sozial- und Gesellschaftsstruktur. Hier wurde bereits in den 60er Jahren der Gewinn durch einen internen Gesellschaftervertrag dem privaten Zugriff der Gesellschafter entzogen. Es wurde damals der Begriff »Sozialkapital« gewählt. Durch die Einrichtung der beiden Stiftungen ist das ehemalige Gesellschafterkapital neutralisiert. Laut Satzung hat es den Zielen der Gründer: Heilmittel nach anthroposophischen Prinzipien und einer anthroposophisch erweiterten Medizin herzustellen, zu dienen. Rentabilitätsinteressen von seiten privater Kapitalgeber sind damit ausgeschlossen.

Die Stiftung nimmt auch nur insoweit an den wirtschaftlichen Vorgängen der WALA-GMBH teil, als sie – gemeinsam mit der Geschäftsleitung der WALA-HEILMITTEL GMBH – die erforderlichen Investitionen beschließt. Geistig ist die WALA-Stiftung, ihr Vorstand und Beirat ein Kuratorium für die Gewährleistung der geistigen Zielsetzungen der im anthroposophischen Sinne herzustellenden WALA-Heilmittel.

Dies ist jedoch nur die Lösung der Kapitalfrage im Rahmen des noch bestehenden, am Kapital orientierten und vom Rentabilitätsaspekt beherrschten Wirtschaftssystems.

Hinzukommen mußte die Lösung des Lohn- und Abhängigkeitsverhältnisses der Mitarbeiter vom »Eigentümer«. Dies geschieht in der WALA dadurch, daß der größte Teil des Gewinnes nicht der Stiftung zufließt, sondern der Mitarbeiterschaft selbst. Dieser Teil des Gewinnes wird der gesamten Mitarbeiterschaft nach einem bestimmten Schlüssel gutgeschrieben. Mit jedem Mitarbeiter wird ein Darlehensvertrag abgeschlossen. Dadurch tragen die Mitarbeiter das WALA-Vermögen mit. Der ehemalige Lohn oder das

\*) nichtgemeinnützige WALA-Stiftung mit WALA-GMBH und gemeinnützige Dr. Rudolf-Hauschka-Stiftung

Gehalt sind damit a-conto-Zahlungen auf den Ertrag. Die Darlehensverträge und die Arbeitsverträge selbst sind so abgefaßt, daß jeder einzelne Mitarbeiter sich als Teilhaber am Betriebsergebnis fühlen kann. Dies soll Ausdruck dafür sein, daß jeder Mitarbeiter von Anfang an und durch die Art der Eingliederung in das Betriebsganze zunehmend am Schicksal des Gesamtbetriebes teil hat. Ziel ist, daß aus dem bisher abhängigen Mitarbeiter ein in hohem Maße selbständiger, unternehmerisch tätiger Teilnehmer am Betriebsschicksal wird. Das Fernziel, die Arbeit aus einem notgedrungenen »Job zum Geldverdienen« herauszuführen in eine zunehmende Übereinstimmung von persönlicher Lebensgestaltung und sozialer Zusammenarbeit, soll damit eingeleitet werden. Lebensarbeit und persönliche Lebensgestaltung sollten einmal wieder übereinstimmen.

Die Gliederung von *nur* ausführenden Mitarbeitern und *nur* leitenden Mitarbeitern soll dadurch überwunden werden, daß auch die Arbeitsleiter voll in die betriebliche Zusammenarbeit eingegliedert sind. Die Bereichsleiter ihrerseits stehen sowohl in ihrem Arbeitsbereich voll integriert darinnen, sie sind jedoch – das ist die neue Gliederung – Mitglieder der Geschäftsleitung. Dadurch ist die Trennung zwischen Geschäftsleitung und Gesamtbetrieb weitgehend aufgehoben. Die Vorschläge, Probleme und Schwierigkeiten in den einzelnen Betriebsbereichen wie Herstellung, Materialwirtschaft und Vertrieb sowie Verwaltung kommen somit unmittelbar in der Geschäftsleitung zur Sprache.

Die WALA-Stiftung und WALA-GMBH haben damit einen ersten Schritt getan in die tatsächliche Überwindung des Gegensatzes von Kapital und Arbeitsinteresse.

# Anstöße für das Stiftungswesen

*Eckhard Behrens*

Was gemeinnützige Spenden und Stiftungen anbetrifft, sind wir seit der Inflation in den zwanziger Jahren ein unterentwickeltes Land geworden. Damals wurden nicht nur die großen bürgerlichen Geldvermögen, sondern auch viele Stiftungsvermögen entwertet. Die gutbürgerliche Tradition, Stiftungen zu errichten, ist mangels Masse gebrochen worden. Es ist an der Zeit, diese gute Tradition wiederzubeleben. Inzwischen sind bei uns erneut so nennenswerte Vermögen gesammelt worden, daß sich die Banken schon Gedanken über die Aufgaben machen, die auf sie zukommen, wenn die Erben dieser Vermögen von ihnen beraten werden wollen. Warum soll dabei immer nur der Eigennutz gepflegt werden?

Auf die Möglichkeit und große Bedeutung privater Gemeinnützigkeit hinzuweisen, stünde gerade den liberalen politischen Kräften gut an, weil ihr im Westen erfolgreicher Kampf für die Freiheit der wirtschaftlichen Initiative zu dem Mißverständnis geführt hat, es ginge ihnen nur um die Freiheit, den Eigennutz zu verfolgen. Die Freiheit der Initiative ist nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in den gemeinnützigen Lebensbereichen von Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sozialem aus Effizienzgründen, also im Interesse des Gemeinwohls wichtig. Deshalb sollten die Freisinnigen in allen Parteien die Freiheit der Initiative auch im gemeinnützigen Bereich fördern und zwar sowohl mit rechtlichen (Entbürokratisierung) als auch mit wirtschaftlichen Mitteln. Ganz wesentlich gehört dazu die Einsicht, daß die Finanzierung freier Träger besser durch private als durch staatliche Zuschüsse erfolgt.

Die Bundesregierung hat im Oktober 1989 beschlossen, den Erlös der Privatisierung der Salzgitter AG in die Gründung einer Umweltstiftung einzubringen. Damit wird ein neues Stiftungskapital von ca. 2 Mrd. DM bereitgestellt. Das ist eine Kapitalsumme, die groß genug ist, um den Stiftungszweck aus ihren laufenden Erträgen nachhaltig zu finanzieren. Die Bundesregierung könnte bei dieser Gelegenheit deutlich machen, daß die Verwendung des Erlöses zur Ausstattung einer Stiftung nicht ein einmaliger Vorgang bleiben soll, sondern daß sie ein ordnungspolitisches Grundkonzept verfolgt, nach welchem bei Privatisierungen künftig immer verfahren werden soll.

Die Bundesregierung würde damit zugleich den osteuropäischen Ländern, die den Weg von der Staats- zur Marktwirtschaft und zu einer freien

Gesellschaft suchen, zeigen, daß das Wirtschaftsvermögen bei der Privatisierung nicht an irgendwelche Glücksritter verschleudert werden muß, sondern durch die Verteilung von Aktien an Stiftungen und gemeinnützige Körperschaften wie z. B. Universitäten rasch dezentralisiert werden kann. Den Stiftungen könnte es erlaubt werden, die Aktien nach und nach über die Börse zu veräußern, damit sie ihr Anlagevermögen in andere ertragbringende Vermögenswerte umschichten können, wenn sie dies für zweckmäßig halten.\*)

Das Vermögen soll entstaatlicht werden und künftig privater Gemeinnützigkeit dienen. Denn eine freie Gesellschaft braucht in großem Umfang die private Finanzierung autonomer gemeinnütziger Initiativen. Für die Unabhängigkeit privater gemeinnütziger Initiativen von ihren Geldgebern ist es wichtig, daß sie sich an verschiedene, voneinander unabhängige Stiftungen wenden können. Die Stiftungen sollten untereinander im Wettbewerb um das beste Förderungsinstrumentarium stehen. Es sollte deshalb für jedes Lebensgebiet viele leistungsfähige Stiftungen geben. Es kann nicht abgewartet werden, bis sich wieder in großem Umfang private Vermögen gebildet haben und von einsichtigen Bürgern gestiftet werden. Es geht rascher voran mit der Bildung von Stiftungskapital, wenn einige ungerechtfertigte Verstaatlichungen von großen Vermögen rückgängig gemacht werden durch die Schaffung privater Stiftungen durch den Staat. Zugleich gäbe der Staat Privaten damit ein Vorbild.

Weil Stiftungen umso wirkungsvoller arbeiten können, je unabhängiger sie sind, sollte man den Gedanken meiden, daß die zu schaffenden Stiftungen originäre Staatsaufgaben im Wege der sogenannten mittelbaren Staatsverwaltung erledigen. Das bindet sie zu sehr an die üblichen staatlichen Vorschriften der Haushaltsführung etc. Richtiger ist, diese Stiftungen in dem Bewußtsein zu schaffen, daß der private Bereich unserer Gesellschaft in den Stand gesetzt werden soll, seine eigenen gemeinnützigen Aufgaben zu erfüllen. Der Staat gibt der Gesellschaft nur Vermögen zu diesem Zweck zurück, das nie hätte verstaatlicht werden sollen.

Der Staat (dazu gehört auch der Rechnungshof!) sollte in diesen Stiftungen so wenig zu sagen haben, als wäre der Stifter ein (verstorbener) Privatmann. Stiftungen können (unter der allgemeinen staatlichen Stiftungsaufsicht) ein staatsfreies Eigenleben führen; genau das brauchen wir in unserer freien Gesellschaft als Träger und Förderer gemeinnütziger Zwecke. Der Staat hat noch genug Möglichkeiten, Initiativen zu entfalten und Zuschüsse unter Auflagen zu gewähren; er braucht neben seinem Haushaltsplan nicht noch ein paar zusätzliche, weniger kontrollierte Taschen in seiner Spendier-

---

\*) Mehr dazu in meinem Aufsatz »Denkanstöße für die DDR und für uns« in diesem Heft. Seite 49

hose. Die Besetzung der Stiftungsgremien ist daher von Anfang an nicht irgendwelchen Staatsorganen und damit parteipolitischem Einfluß anzuvertrauen, sondern unabhängigen Persönlichkeiten und Institutionen, die geeignet sind, unabhängige Persönlichkeiten auszuwählen.

Es würde wohl die beste ordnungspolitische Signalwirkung haben, wenn der Staat auch eine Stiftung gründen würde, die ausschließlich dazu dient, für die Gründung privater gemeinnütziger Stiftungen und für das Spenden für gemeinnützige Zwecke zu werben und potentielle Stifter und Spender bei der Verwirklichung ihrer Vorhaben zu unterstützen. Man könnte sie nennen: Stiftung gemeinnützige Privatinitiative.

Eine solche Service-Einrichtung gibt es bereits für den Bereich der Wissenschaft, den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft. Für die übrigen gesellschaftlichen Bereiche mit gemeinnützigen freien Trägern, also für Kultur, Bildung, Soziales und Umweltschutz, fehlt eine solche Einrichtung noch. Es wird nicht schwerfallen, eine sinnvolle Abgrenzung der Aufgaben mit dem Stifterverband zu finden und gleichzeitig seine großen Erfahrungen in der Werbung und Betreuung von Spendern und Stiftern und in der Verwaltung von unselbständigen Stiftungen zu nutzen. Zwei besonders vordringliche Aufgaben der neuen Stiftung wären:

1. Alle in Gelddingen beratenden Berufe (Banken, Anlageberater, Anwälte, Notare, Steuerberater) brauchen eine Schulung in der Spenden- und Stiftungsberatung, weil viele Mandanten keine Kinder haben oder diese bereits reichlich versorgt sind. Die Stiftungswerbung sollte die beratenden Berufe als Multiplikatoren besonders pflegen, weil sie die Vermögensverhältnisse und die Gedanken ihrer Mandanten am besten kennen und deren Vertrauen in Gelddingen bereits besitzen.
2. Die amerikanischen Universitäten haben große Abteilungen für Spendenwerbung, die mit erfahrenen Profis des sogenannten Fund-raising besetzt sind. Unsere Universitäten brauchen auf diesem Gebiet Entwicklungshilfe. Die könnte die Stiftung gemeinnützige Privatinitiative bieten, indem sie das Know how und vielleicht auch die Anlauffinanzierung zur Verfügung stellt. – Dasselbe gilt natürlich für die freien Träger von sozialen oder kulturellen Einrichtungen.

Zu den Stiftungsaufgaben könnte auch eine Art Verbraucherschutz nach Art der Stiftung Warentest gehören, weil nicht alle Spendenwerber seriös sind. Das Beispiel der Stiftung Warentest zeigt auch, daß staatliche Initiative zur Aktivierung und Unterstützung ordnungspolitischer Funktionen einer freien Gesellschaft Sinn macht und erfolgreich sein kann. Während es in der freien Wirtschaft besonders darauf ankommt, die Kontrollfunktion der Konsumenten zu stärken, hängt die Entwicklung der freien Initiative auf der

Angebotsseite der Kultur, Bildung und Wissenschaft von der Vielfalt und Ergiebigkeit der privaten Spenden und Stiftungen ab. Kultur, Bildung und Wissenschaft sollen nicht ausschließlich nachfrageseitig gesteuert und können daher in einer freien Gesellschaft auch nicht ausschließlich nachfrageseitig, also durch kostendeckende Preise finanziert werden; sie brauchen zur Kostendeckung Spenden gemeinnützig denkender Bürger und Zuschüsse von privaten Stiftungen oder – aber nur subsidiär – vom Staat.

Angesichts der Länge der Aufbauphase einer effizienten Organisation jeder einzelnen Stiftung könnte auch daran gedacht werden, zunächst nur die Mittel für die Gründungsphase und aus späteren Privatisierungen die Kapitalausstattung für die Betriebsphase dieser Stiftungen bereitzustellen. Umgekehrt sind rasche Erfolge zu erzielen, wenn man Stiftungen und Körperschaften, die bereits gute Arbeit leisten, das ertragbringende Kapital großzügig aufstockt. Hier ist nicht zuletzt an die Universitäten zu denken, deren Eigenvermögen früher einen wesentlichen Teil ihrer Einkünfte brachte; in den USA und England ist das bei vielen angesehenen Universitäten und Colleges heute noch so. Die Hochschulautonomie und die Wettbewerbskraft der deutschen Hochschulen würde damit wesentlich gefördert werden.

Im Osten wird jetzt nach leidvollen Erfahrungen die Wirtschaftsordnung von bürokratischer Lenkung auf freie Initiative umgestellt. Im Westen wird zunehmend erkannt, daß die bürokratische Gängelung der Bereiche Soziales, Kultur, Bildung und Wissenschaft die Ursache der vielbeklagten Ineffizienz ist. Das Recht auf freie Initiative in diesen Bereichen ist weitgehend vorhanden. In erster Linie fehlt es an der ökonomischen Basis von freien Spenden und Stiftungen. Ein wesentlicher Beitrag zur Problemlösung ist die Vermögensanlage in gemeinnützigen Stiftungen.

# Denkanstöße für die DDR und für uns

*Eckhard Behrens \*)*

Die jüngste Entwicklung in der DDR wurde für unsere Tagung zu einer großen Herausforderung. Unser Thema »Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit; Ideen zukünftiger Sozialgestaltung« mußte sich an brennend aktuellen Tagesproblemen bewähren. Wir wollen uns am Ende der Tagung nochmals vergegenwärtigen, welche Bedeutung diese sozialen Ideale gerade für die weitere Entwicklung der DDR und ihrer Beziehungen zur Bundesrepublik bekommen können, wenn das gewollt wird.

## *Freiheit*

Erreicht haben die Bürger der DDR jetzt ein hohes Maß an Freiheit der Meinungsbildung und der öffentlichen Diskussion. Dies ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß sie sich über die künftige Sozialgestalt ihres Landes und seiner Beziehungen zu allen Nachbarländern klar werden können. Sie konnten diese Fragen bisher nicht frei untereinander diskutieren und deshalb auch nicht in ausreichendem Maße gegenseitig voneinander lernen. Sie können daher auf absehbare Zeit nicht abschätzen, welche politischen Fragen die ersten demokratischen Wahlen beherrschen werden und welche politischen Gruppen die voraussichtlichen Wahlsieger sein werden. Wir im Westen können uns kaum vorstellen, welche geistigen Folgen die starke Einschränkung der öffentlichen Meinungsbildung für die Meinungsbildung jedes einzelnen Bürgers hat. Nicht zufällig greifen alle totalitären Staaten rigoros in den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung ein. Da ist ein großer Schritt zu besseren Verhältnissen getan worden, der nicht wieder rückgängig gemacht werden darf. Die *Rundfunk- und Pressefreiheit* bedürfen jedoch noch der rechtlichen und wirtschaftlichen Absicherung; dasselbe gilt für die *Freiheit des Geistes in Schulen und Hochschulen*.

Die *Öffnung der Staatsgrenze* zum Westen hin, die uneingeschränkte *Reisefreiheit* bringt für die Meinungsbildung, für den geistigen Horizont jedes einzelnen DDR-Bürgers viele neue Anregungen. Die massenhaft in Anspruch genommene Reisefreiheit wird auch das Lebensgefühl der DDR-Bürger grundlegend verändern und schon in nächster Zukunft die weitestreichenden Folgen auf allen Lebensgebieten haben. Jeder Versuch, ja schon der bloße Verdacht des politischen Versuchs, die Reisefreiheit wieder ernst-

---

\*) Überarbeitung des Schlußwortes zur Tagung des »Seminars für freiheitliche Ordnung« in Bad Boll am 18./19. November 1989

lich einzuschränken, wird wohl sofort zu einer schweren Vertrauenskrise in die Ernstlichkeit und Beständigkeit der politischen Wende führen und damit zu unübersehbaren politischen Folgen. Neben der bereits eingeleiteten gesetzlichen Absicherung bedarf die Reisefreiheit der ökonomischen Absicherung in Form ausreichender *Devisenversorgung* ohne bürokratische Zuteilungsformen, die nur Mißtrauen zur Folge haben können. Die uneingeschränkte *Konvertibilität der DDR-Mark* darf nicht als Fernziel gelten, sondern muß ein Nahziel werden, sonst wird die Reisefreiheit ganz einseitig nur als Übersiedlungsfreiheit nutzbar sein.

Jeder DDR-Bürger hat als deutscher Staatsangehöriger das Recht, einer selbständigen oder unselbständigen Arbeit in der Bundesrepublik regelmäßig oder gelegentlich nachzugehen, auch ohne hier wohnhaft zu werden. Jedenfalls bedarf es dazu keines Hauptwohnsitzes, also keiner Übersiedlung. Die Pendlerströme werden gewaltig werden, wenn der normale DDR-Bürger anders keine Devisen erwerben kann, um im Westen zu reisen oder Westwaren kaufen zu können. Auch Schwarzmarktgeschäfte aller Art, die das Preis- und Devisenkursgefälle zwischen Ost und West ausnutzen, werden durch noch so scharfe Zollkontrollen kaum zurückzudrängen sein. Not macht erfinderisch, und Kontrollen nähren doch bald nur wieder das politische Mißtrauen, das soeben überwundene politische Zwangssystem solle unter wirtschaftlichen Vorwänden wieder eingeführt werden. Zunehmend werden sich auch die politischen Begriffe ändern; marktwirtschaftliches Verhalten des Einzelnen wird nicht mehr so einfach wie bisher als Schiebertum verächtlich zu machen sein. Was alle für das natürlichste Verhalten der Welt ansehen werden, kann kein Staat mehr verbieten.

Die Reisefreiheit wird sich nicht nur als ein Mittel zur Verbreitung kultureller, politischer und wirtschaftlicher Ideen erweisen, sondern auch als wichtiges Vehikel zu ihrer baldigen Verwirklichung im Leben jedes einzelnen DDR-Bürgers. Es wird nicht nur ein Nachholbedürfnis an Bildungsreisen sein, wenn die Reisefreiheit geradezu exzessiv genutzt werden wird, sondern auch politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Reisefreiheit setzt beide deutsche Staaten unter hohen Druck, rasch für viele Probleme gute Lösungen zu finden, die die Zahl der Übersiedlungen in den Grenzen des lange aufgestauten Nachholbedarfs halten.

### *Gleichheit*

Die bevorstehende Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR kann von den dort bestehenden Staatsorganen nicht geleistet werden, weil diese der demokratischen Legitimation völlig entbehren. Es ist ganz unerheblich, ob Volkskammer und Regierung wissen, welches die jetzt erfolg-

versprechendsten politischen Maßnahmen sind und ob sie diese auch anwenden wollen. Die notwendigen Veränderungen werden so tief in bestehende Interessenlagen eingreifen müssen, daß Parlament und Regierung einer einwandfreien demokratischen Legitimation bedürfen, wie sie nur aus *freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgehen* kann. Bei solchen Entscheidungen, von denen alle Bürger wissen, daß sie ihr persönliches Leben weitreichend verändern werden, von denen sie aber selber häufig nicht beurteilen können, welche Vor- und Nachteile sie persönlich treffen werden und ob das Verhältnis zwischen den Vor- und Nachteilen den Umständen nach angemessen ist, kommt es für die politische Akzeptanz nicht nur auf den Grad der Richtigkeit der Entscheidungen, sondern auch auf das Maß des Vertrauens zu den Fähigkeiten und den Absichten der Entscheidungsträger an. Dieses Vertrauen kann sich nur in demokratischen Prozessen bilden, die jedem Bürger erlebbar werden.

Andererseits dürfen die ordnungspolitischen Grundentscheidungen nicht lange aufgeschoben werden. Freie Wahlen sollten daher sehr, sehr rasch stattfinden und nicht erst im Herbst 1990, wie sich das die neuen politischen Gruppierungen zur Zeit noch wünschen\*), weil sie spüren, daß die politischen Klärungsprozesse noch ganz am Anfang stehen. Sie werden darauf vertrauen müssen, daß ein demokratischer Wahlkampf und ein neu gewähltes Parlament, das die Meinungsvielfalt der Bevölkerung besser widerspiegelt, in der Lage sein werden, den politischen Meinungsbildungsprozeß durch öffentliche Diskussion ganz wesentlich voranzutreiben und eine politisch akzeptierte Mehrheitsbildung zu bewirken, die in den Augen der Bürger auch weitreichende Entscheidungen legitimiert.

Die aus einem demokratischen Prozeß in der DDR hervorgehenden Entscheidungen werden die Bürger der Bundesrepublik auch dann respektieren, wenn sie das Gefühl haben, es sei ein Fehler, wenn die *Staats-, Wirtschafts- und Kulturordnung* der Bundesrepublik drüben nicht einfach in allen Einzelheiten kopiert wird. Je größer die Abweichungen sein werden, umso schwieriger wird sich der Prozeß der Zusammenarbeit oder gar *Vereinigung der beiden Staaten deutscher Nation* gestalten.

Aber sicher ist die Bundesrepublik nicht das einzige Modell freiheitlicher deutscher Möglichkeiten, auch wenn dies für manchen Bundesbürger, der mit den bestehenden Verhältnissen allzu zufrieden ist, eine überraschende Erkenntnis sein wird. Es wäre bedauerlich, wenn die gegenwärtige Zweistaatlichkeit nicht auch als Chance begriffen würde, die Staats-, Wirtschafts- und Kulturordnung der Bundesrepublik, obwohl sie im Ganzen erfolgrei-

---

\*) Anfang Dezember 1989 wurde am »Runden Tisch« beschlossen, in der DDR schon am 6. Mai 1990 freie Wahlen abzuhalten.

cher war als die der bisherigen DDR, in allen Einzelheiten einer gründlichen Überprüfung zu unterwerfen. Die Bürger der DDR werden das sicher bis zu einem gewissen Grade tun, wenn das Streben nach staatlicher Einheit dies Bedürfnis nicht völlig in die Zweitrangigkeit zurückdrängt. Je deutlicher sich die Bürger der DDR davon freimachen, die Bundesrepublik mit allen ihren Institutionen zu kopieren, umso nachdrücklicher werden die Denkanstöße für die Bürger der Bundesrepublik ausfallen. Es wird spannend sein, in den nächsten Monaten diese Wechselwirkungen der Entwicklungen in der DDR und der Bundesrepublik zu verfolgen.

### *Brüderlichkeit*

Wir sind überzeugt, daß Freiheit des Einzelnen und Autonomie privater Einrichtungen Voraussetzung der Effizienz in Kultur und Wirtschaft sind. Wir sollten aber genauso ernsthaft ins Bewußtsein heben, daß die Sorge vor dem Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit zur Aneignung fremder Leistungen, zur Ausbeutung anderer Menschen nicht ohne Grund sehr lebendig ist. Die Freiheit darf nicht zu einem Privileg weniger vor allen anderen verkommen. Wer nicht bereit ist, die Früchte der Freiheit mit allen brüderlich zu teilen, wird immer wieder erleben müssen, daß in demokratischen Prozessen insbesondere die Freiheit wirtschaftlicher Initiative verweigert oder nur zögernd gewährt wird.

Die bevorstehende Phase der *Umgestaltung der Wirtschaftsordnung* ist besonders anfällig für ungerechtfertigte Bereicherungen. Damit die wirtschaftliche Produktivität so rasch steigen kann, wie es sich die Bevölkerung erhofft, müssen die vorhandenen Produktionsmittel zum großen Teil in andere Hände kommen, nämlich in die Hände wirklich fähiger Unternehmerpersönlichkeiten. Dabei wird manches Objekt mehrfach die Hand wechseln müssen, bevor es in die produktivsten Hände gekommen ist. Wenn es ihnen gelingt, die wirtschaftliche Produktivität rasch zu steigern, werden viele betriebliche Anlagen und alle Wohn- und Geschäftsgrundstücke im Wert und Preis enorm steigen. Urteilsfähige Spekulanten und Makler wittern da heute schon ein großes Geschäft. Wird die Bevölkerung verstehen, daß sie ohne deren Hilfe einen raschen Aufschwung nicht erreichen kann? Soll sich die Bevölkerung deshalb mit ungezügelter Glückstüchtigkeit abfinden? Wie lassen sich Freiheit und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben praktisch verbinden?

Ein besonders schwieriger Fall wird die Umgestaltung des Volkseigentums an den Wirtschaftsbetrieben sein. Zunächst wird es nötig sein, die großen Kombinate zu entflechten, das heißt in wirtschaftlich selbständige Unternehmen zu zerlegen, die künftig untereinander in Wettbewerb stehen.

Für die Führungsstrukturen dieser Unternehmen bietet sich als in vieler Hinsicht geeignetes Vorbild die Aktiengesellschaft an, bei der der Vorstand auf Zeit in voller Selbständigkeit die unternehmerischen Aufgaben erfüllt und der Aufsichtsrat die Vorstandsmitglieder auswählt, beruft und (immer nur befristet) anstellt. Der Aufsichtsrat wird von den Aktionären gewählt, die die Eigentümer des im Unternehmen investierten Kapitals sind. Die Dezentralisierung der Wirtschaft erfordert es, den Aktienbesitz nicht in wenige Hände zu geben, sondern breit zu streuen. Die Unternehmen, die untereinander in Wettbewerb stehen sollen, sollten tunlichst andere Aktionäre haben.

Diese Ziele können auf den unterschiedlichsten Wegen erreicht werden. Hier soll nur auf eine Möglichkeit hingewiesen werden, die besonders geeignet erscheint, Neidkomplexe zu vermeiden und dennoch eine gesellschaftlich hoch effektive Aktienverteilung zu ermöglichen. Die DDR sollte mindestens 100 *Stiftungen* gründen und die Aktien der bisher volkseigenen Betriebe so auf sie verteilen, daß keine von ihnen einen beherrschenden Einfluß auf ein einzelnes Unternehmen erhält und keine Stiftung Aktien von konkurrierenden Unternehmen bekommt. Den Vorständen der Stiftungen sollte es nicht gestattet sein, sich in die Aufsichtsräte der ihren Stiftungen gehörenden Unternehmen wählen zu lassen. Dafür sollen sie wirtschaftlich erfahrene Persönlichkeiten suchen.

Die Aufgabe der Vorstände der Stiftungen soll es sein, die Stiftungszwecke zu erfüllen, nämlich die verantwortliche Verteilung der von den Aktiengesellschaften ausgeschütteten Gewinnanteile zur Förderung sozialer und kultureller Initiativen. Die Vorstände der Stiftungen müssen daher sachkundig sein in dem Lebensbereich, den zu fördern der jeweilige Stiftungszweck ist. Sie sollen sich geeignete Gutachtergremien aufbauen, die Förderungsanträge sozialer oder kultureller Initiativen fachgerecht beurteilen können. Die Stiftungszwecke sollten nicht zu eng gefaßt werden, damit die Stiftungsgremien Schwerpunkte in Bereichen setzen können, die sie für besonders förderungswürdig und -bedürftig halten.

Es sollten mindestens zehn Stiftungen für denselben Lebensbereich, z. B. die Wissenschaftsförderung zuständig sein, damit sie untereinander im Wettbewerb um die Entwicklung der besten Begutachtungs- und Förderungsmethoden stehen. Jede gemeinnützige Einrichtung des sozialen, künstlerischen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Lebens soll die Chance haben, ihre Förderungsanträge bei verschiedenen, voneinander unabhängigen Stiftungen zu stellen. Nur so wird die freie Initiative und der freie Wettbewerb im sozialen, künstlerischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Leben ausreichend ökonomisch gefördert, ohne daß es zu übermäßigen ökonomischen Abhängigkeiten von den Stiftungen kommen muß.

Die Befreiung der wirtschaftlichen Initiative kann durch die *Umwandlung des Volkseigentums an den Wirtschaftsbetrieben* in Stiftungsvermögen zugleich zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des sozialen und kulturellen Lebens von staatlicher Finanzierung genutzt werden. Damit soll nicht behauptet werden, daß dann jede staatliche Finanzierung dieser Bereiche überflüssig werde. Wichtig ist, daß es neben der staatlichen Finanzierung, die sich stets am Gleichheitssatz ausrichten muß und daher nur schwer besondere Leistungen honorieren kann, Stiftungsfinanzierungen zugänglich sind, die Initiativen nach ihrer Qualität fördern dürfen, ohne an den Gleichheitssatz gebunden zu sein. – Näheres in meinem Aufsatz »Anstöße für das Stiftungswesen« in diesem Heft, S. 45.

Solange die Bodenpreise in der DDR noch niedrig sind, gäbe es auch eine gute Chance, eine Besteuerung des Grundbesitzes durchzusetzen, die künftige Spekulationsgewinne beim Grund und Boden ein für allemal ausschließt. Wenn die jährlich vom Grundeigentümer zu zahlende Steuer die sogenannte *Bodenrente*, die der Höhe der Pacht für den nackten Boden entspricht, voll abschöpft und wenn die Steuer der Entwicklung der Bodenrente regelmäßig angepaßt wird, können die Bodenpreise nicht steigen. Sie haben sogar bei richtiger Steuerbemessung die Tendenz auf Null zu sinken. Denn die Bodenpreise entfernen sich nie weit vom Kapitalwert des Teils der Bodenrente, der dem Bodeneigentümer auf Ewigkeit als arbeitsloses Einkommen (Rente) verbleibt. – Die mit dem Grundstück verbundenen Investitionen (z. B. Häuser) führen bei der hier vorgeschlagenen »reinen Grundsteuer« nicht zu erhöhten Steuern; das Schaffen neuer Werte soll nicht besteuert werden.

Eine solche Steuer würde dafür sorgen, daß der Boden an diejenigen abgegeben wird, die ihn erfolgreich bewirtschaften können, weil jede Bodenhortung nur Verluste brächte. Weil die Steuer die Eigentümer veranlaßt, Bodennutzungen anzubieten, werden die Mieten weniger steigen als bei ihrer Freigabe ohnehin zu erwarten ist. Die oft behauptete Überwälzbarkeit der »reinen Grundsteuer« würde die Erhöhung der Mieten voraussetzen, die nur durch Verknappung der angebotenen Bodennutzungen bewirkt werden könnte. Die »reine Grundsteuer« erhöht aber das Angebot an Bodennutzungen. Die Stadtplaner werden erleben, daß sich alle Baulücken so rasch wie möglich füllen und landwirtschaftliches Gelände bei der Umwidmung in Bauland im Preis nicht steigt, weil das Finanzamt sofort mit dem Inkrafttreten des Bebauungsplans einen neuen Steuerbescheid schickt.

Ökonomisch erreicht eine solche Steuer dasselbe Ziel wie eine Verstaatlichung des Bodens mit anschließender Verpachtung an den meistbietenden Bodennutzer. Auch dieser Weg ist grundsätzlich gangbar. Der Vorteil der

Steuerlösung ist die höhere Mobilität des Privateigentums an Grund und Boden sowie die Einheitlichkeit des Eigentums am Boden und am Haus, die bei Erbbaurechten kunstvoll, aber nur auf Zeit getrennt wird. Die Gefahr einer staatlichen Platzanweisung oder einer staatlichen Privilegienwirtschaft ist bei Staatseigentum am Grund und Boden kaum von der Hand zu weisen.

Die *währungspolitischen Fragen* sind von kaum zu überschätzender Bedeutung und Dringlichkeit für die Gesundung der DDR-Wirtschaft. Die freie Konvertibilität der DDR-Mark mit freien Wechselkursen sollte so rasch wie möglich hergestellt werden, damit die Wirtschaftsbetriebe durch selbständige Importe ihre vielen kleinen Engpässe so schnell wie möglich überwinden können. Die Engpaßüberwindung wird schlagartig einen gewaltigen Produktivitätsfortschritt bewirken! Nur der einzelne Betrieb selbst, keine Behörde der Devisenzwangswirtschaft kann beurteilen, wie dringlich die Engpaßüberwindung ist und wie hoch der Wechselkurs für die zum Auslandseinkauf benötigten Devisen daher sein darf. Je höher die Devisenkurse umso geringer werden die Importe und umso stärker werden die Exportanstrengungen der DDR-Betriebe ganz von selbst werden. Es wird den westlichen Ländern nicht leichtfallen, ihre Märkte für die osteuropäischen Länder brüderlich offenzuhalten, die ihre besten Waren sicher zu sehr niedrigen Preisen anbieten werden, wenn für die Deviseneinnahmen hohe Ostwährungsbeträge zu Erlösen sind.

*Freie Wechselkurse* können vieles ausgleichen, auch einen unvermeidbaren Kaufkraftüberhang im Inland, also eine durch Preisfestsetzungen verdeckte und zurückgestaute Inflation. Es wäre jedoch eine erhebliche Hilfe für die Gesundung der DDR-Wirtschaft, wenn es gelänge, den Geldüberhang abzuschöpfen und stillzulegen. Dafür sind unterschiedliche Strategien denkbar, z. B. auch der Verkauf von Anteilen an volkseigenen Betrieben oder von hochverzinslichen Anleihen der DDR. Politisch am wirkungsvollsten könnte die Geldabschöpfung mit dem Angebot von Reisedevisen für den einzelnen DDR-Bürger verbunden werden. Bundesregierung und Bundesbank könnten in einer einmaligen Aktion in Zusammenarbeit mit der DDR jedem einzelnen DDR-Bürger zu einem Festkurs einen bestimmten (maximalen) Ostmarkbetrag in Westmark oder DM-Wertpapiere umtauschen und die eingelösten Ostmarkbeträge auf absehbare Zeit stilllegen. Das macht nur Sinn, wenn damit soviel Ostmark eingezogen werden, daß damit der gesamte Geldüberhang garantiert beseitigt ist, und wenn die DDR die Geldmenge künftig knapp hält und den Binnenwert der DDR-Mark so im wesentlichen stabil hält (Inflationsrate maximal 5 %).

Diese Aktion zur Anpassung der umlaufenden Geldmenge an das Warenangebot in der DDR würde eine Währungsreform erübrigen. Die von der

Bundesrepublik gebotene Hilfe käme unmittelbar in die Hände der einzelnen DDR-Bürger, denen es im Sinne der freien Konvertibilität völlig freistehen müßte, was sie mit dem Devisenbetrag anfangen. Sie sollen ihn insbesondere zu freien Kursen an andere DDR-Bürger und DDR-Wirtschaftsunternehmen veräußern dürfen, wenn sie dies wollen. Die Stilllegung der Ostmark könnte von der Bundesbank nach und nach zulasten ihrer Gewinne, die sie bisher jährlich in Höhe vieler Milliarden an den Bundeshaushalt überwiesen hat, abgebucht werden. Wenn die Bundesrepublik mit einer einmaligen brüderlichen Devisenhilfe den DDR-Bürgern einen Währungsschnitt erspart, schafft sie die geldpolitischen Voraussetzungen der Ostmark-Konvertibilität, der Reisefreiheit und des Wirtschaftsaufschwungs. Nur wenn uns dies gelingt, wird der Übersiedlerstrom im Rahmen normaler Mobilität innerhalb Deutschlands bleiben.

Die Freigabe der Waren- und Dienstleistungspreise bei weitgehender Abschaffung der Subventionen könnte nach der Stabilisierung des Inlandspreisniveaus ohne Inflationsschub zügig durchgeführt werden. Die Preise müssen bald freigegeben werden, damit sie sich an den tatsächlichen Kosten orientieren können und die Verschwendung aufhört, die mit subventionierten Preisen unvermeidlich verbunden ist. Die Freigabe der Preise ist auch eine Voraussetzung der Außenhandelsfreiheit, weil sonst subventionierte Waren in das Ausland abfließen oder im Inland künstlich überteuerte Waren unnötigerweise importiert werden.

Die an den Subventionen eingesparten Beträge müßten für die angemessene Erhöhung der Kindergelder und Sozialrenten verwendet werden, damit diese Bevölkerungsgruppen den Warenkorb für ihr Existenzminimum trotz steigender Preise für den Grundbedarf in mindestens demselben Umfang wie bisher bezahlen können. Wenn dies nicht mit einer gewissen brüderlichen Großzügigkeit geschieht, wird der Eindruck, die Wirtschaftsreform solle von den wirtschaftlich Schwächsten bezahlt werden, die Bildung der demokratischen Mehrheiten verhindern, die man für Reformen zugunsten freier Initiative braucht. *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit stehen politisch in einem unlösbaren Zusammenhang, der leider oft übersehen wird.*

## Stimme zur Zeit

Hugo Schwenk

*»Man steigt nicht zweimal  
in den gleichen Strom«*

*Heraklit*

Chronographisch läuft unsere Zeit unverändert wie seit Entstehen unseres Sonnensystems. Doch wie steht es mit dem tatsächlichen Geschehen auf unserem Erdball und vor allem in Europa? Keinesfalls waren die sich überstürzenden Ereignisse vorauszusehen? Wer hätte denn im September 1989 die Voraussage gewagt, Ungarn, seit 40 Jahren »Volksrepublik«, wird am 23. Oktober, dem 33. Jahrestag des Volksaufstandes gegen seine kommunistischen Beherrscher, eine Demokratie? Ungarn ein ganz normaler, demokratischer Staat, in dem binnen weniger Wochen alle Signen kommunistischer Herrschaft, von dem »ewig leuchtenden« roten Stern auf dem Parlamentsgebäude über die Verfassung bis zu dem Personen- und Flaggenkult, getilgt sind? Ein noch zum Sowjetimperium und Warschauer Pakt gehörender Staat, in dem unabhängige Parteien zugelassen werden und im Frühjahr 1990 die ersten demokratischen Wahlen stattfinden sollen? Allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen, die Sehnsucht vieler Völker seit der französischen Revolution (1789), sollen durchgeführt werden – ohne Gewalt und ohne Blutvergießen? Man kann es kaum fassen. Eine neue Verfassung mit Gewaltenteilung, mit garantierten Menschen- und Bürgerrechten, die Einführung der Marktwirtschaft, sind geplant. Im November 1956 wurde der Aufstand der Ungarn von der sowjetrussischen Besatzungsarmee brutal niedergeschlagen. Haben die Tausende von Toten bei diesen für Europa und die Welt historischen Ereignissen, die wir miterleben dürfen; auch mitgewirkt? Muß man da nicht sagen – welch ein Wunder?

Blicken wir zur »Deutschen Diktatorischen Republik«. Wer hätte es am 7. Oktober 1989, dem stolz und theatralisch begangenen 40. Jahrestag des Regimes, gewagt, das machtpolitische Ende des Mannes vorherzusagen, der unumschränkt fast 20 Jahre die mächtigsten Ämter im Staat inne hatte (Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses)? Und dann die Art, wie das Ende kam. Am 18. 10. 1989 begann um 14 Uhr die Sitzung des Zentralkomitees der SED und bereits um 14.16 Uhr spukten die Fernschreiber in aller Welt die Nachricht der amtlichen Nachrichtenagentur der DDR aus: »Zum Generalsekre-

tär des Zentralkomitees der SED hat die 9. Tagung des Zentralkomitees am Mittwoch nachmittag Egon Krenz gewählt. «Kein Wort mehr über den Genossen Honecker; wird er nun genau so zur Unperson wie sein Vorgänger Ulbricht? Seine unzähligen und unseligen Machtvollkommenheiten verschwanden binnen Jahresfrist aus dem gesamten Lande.

»Freunde in der Not geh'n tausend auf ein Lot.« Am 19. Januar 1989 stellte der Genosse Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär, im Vollgefühl seiner Macht, zur Mauer in Berlin, fest: »Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren bestehen bleiben!« Neun Monate später war der einst so Mächtige in 16 Minuten in der Versenkung verschwunden. Und die Mauer? Am 11. September des Jahres öffnete Ungarn seine Grenzen für die Flüchtlinge aus dem Lande des »realen Sozialismus«, trotz gegenteiliger Verträge und scharfer Proteste der DDR. Acht Wochen später, am 3. November, öffnete die Tschechoslowakei ihre Grenzen, nunmehr mit Einverständnis des neuen Herrn der DDR. Doch der geradezu revolutionsartige Umsturz gewann an Schnelligkeit: 4. 11.: Eine Million Menschen demonstrieren auf dem Alexanderplatz in Berlin, friedlich, als größte Demonstration in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. 7. 11.: Die Volkskammer lehnt das neue Reisegesetz ab. Die Regierung mit 45 Ministern tritt zurück. 8. 11.: Des Politbüro – die Machtzentrale des Staates – tritt zurück, ein neues Politbüro wird gewählt. 9. 11.: Jeder Bürger der DDR kann ab sofort frei in die Bundesrepublik reisen! Die Mauer war binnen weniger Tage zu einem Museumsrelikt geworden.

Die Daten 11. September, 3. November und 9. November 1989 werden in die europäische Geschichte eingehen. Innerhalb von neun Wochen hat Europa sich grundlegend verändert. Dabei noch diese eigenartige Duplizität der Fälle: 9. 11. 1918: Ausrufung der deutschen Republik, Ende des Kaiserreiches; 9. 11. 1923: Hitler-Putsch in München; 9. 11. 1938: sogenannte »Reichskristallnacht« der Nazis; 9. 11. 1989: Öffnung der Grenzen von der DDR zur Bundesrepublik, abruptes Ende von Mauer und Eisernem Vorhang. Die Bevölkerung der DDR hat in bewundernswerter Disziplin Schritt für Schritt den Staat verändert; doch der letzte und schwerste Gang steht noch bevor: Der Verzicht der SED auf ihr in § 1 der Verfassung festgeschriebenes Machtmonopol, die Verabschiedung einer neuen, demokratischen Verfassung. Und das dürfte wohl kaum möglich sein ohne daß der plötzlich vom Saulus zum Paulus gewordene »Wendehals«, Egon Krenz, genau so in der Versenkung verschwindet wie sein Vorgänger.

Durch die sich überschlagenden Ereignisse hat die Zeit eine andere Qualität bekommen, sie rast; in der Technik, in der Politik, im Bewußtsein der Menschen und im sozialen Geschehen. Das Sowjetimperium kämpft um seinen Zusammenhalt; ein schlimmer Winter steht dem russischen Volk bevor.

Die nach 70-jährigem Kommunismus zusammengebrochene Wirtschaft kann nicht mehr das Versorgungsniveau halten, welches dem geplagten Volk über Jahrzehnte hinweg wenigstens ein bescheidenes Überleben ermöglichte. Dabei laufen, nach USA-Berichten, die Rüstungsfabriken immer noch auf Hochtouren. Wer kann dies begreifen? Wird Gorbatschow diesen Winter überstehen? Und was und wer käme nach ihm? Gorbatschow sagt immer wieder: »Es gibt keine Alternative zu Perestroika und Glasnost«. Seine Gegner denken da anders; wir sollten China nicht vergessen. Aber der Zeitenstrom läuft; er kann genau so wenig aufgehalten werden wie der Wasserstrom. Das Bewußtsein der Menschen bestimmt diesen Zeitenstrom. Sie erzwingen den Weg zu politischer und individueller Freiheit und die Ewiggestrigen konnten noch nie den Bewußtseinswandel der Menschen aufhalten.

Hugo Schwenk

*12. November 1989*

## Die Schöpfung des Menschen

von Karl Snell

Der seit 1844 als ordentlicher Professor für Mathematik an der Universität Jena tätige *Karl Snell* (1806–1886) beschäftigte sich neben seinem Lehrfach noch mit philosophischen und naturwissenschaftlichen Fragen, als deren Frucht u. a. 1863 die Schrift »Die Schöpfung des Menschen« herauskam. Es war die Zeit, in der auch *Ernst Haeckel* in Jena wirkte. Snell stand wie Haeckel und Darwin auf dem Boden der Evolutionstheorie, d. h. er postulierte gleichfalls eine natürliche Abstammung der Naturwesen. Er hielt nichts von den Spekulationen, die eine göttliche Schöpfung aus dem »Nichts« vertreten, wo plötzlich Wesen in all ihrer Vollkommenheit wundermäßig erschaffen worden sein sollten.

Sein Buch erschien immerhin acht Jahre vor Darwins »*Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl*« und drei Jahre vor Haeckels »*Generelle Morphologie der Organismen*« und fünf Jahre vor Haeckels »*Natürliche Schöpfungsgeschichte*«. Vor allem zog er den Menschen von Anbeginn in seine Betrachtungen ein, was Darwin anfangs nicht getan hat. Er weist dem Menschen eine zentrale Stellung im Evolutionsgeschehen zu, wobei er zwei Grundtatsachen gerecht wird: Einerseits der stammesgeschichtlichen Verwandtschaft von Mensch und Tier und andererseits den wirklichen Unterschieden zwischen Mensch und Tier, die Darwin und Haeckel nicht sehen wollten. Er stellt dar, wie es unmöglich gedacht werden kann, daß ein so universales und in keiner Weise determiniertes Wesen, wie der Mensch,

von wesentlich determinierten »Vorfahren«, wie es von Tieren heißt, abstammen kann. Daß es aber umgekehrt durchaus denkbar wäre, daß sich aus dem Urstamm, aus dem sich schließlich der heute lebende Mensch entwickelt hat, durch frühzeitige Determinierung tierische Wesen verschiedenen Spezialisierungsgrades *abgezweigt* haben können.

*Die Schöpfung* ist nach seiner Anschauung ein bis heute nicht abgeschlossener Akt. *Sie findet immer noch statt:* »Wenn wir für die Schöpfung der natürlichen Organismen, bei welchen direkte Erfahrung uns abgeht, wenigstens *Analogen* der Erfahrung suchen müssen, so können wir dieselben wohl finden; nur müssen wir sie da suchen, wo sie allein zu finden sind, d. h. wo wir noch *Schöpfung*, wenn auch keine Schöpfung natürlicher Organismen, vor uns haben. Und es fragt sich, ob Schöpfung nicht doch täglich unter unseren Augen stattfindet. Man denkt sich gewöhnlich die Schöpfungstätigkeit Gottes als einen einzelnen in der Urzeit vorgegangenen Akt oder auch als mehrere in der Urzeit wiederholte Akte. In denselben soll Gott seine Schöpfungstätigkeit konzentriert und dann sein Werk mehr oder weniger – darüber ist man natürlich sehr im Streit und im Unklaren – sich selbst überlassen haben. Aber woher weiß man denn, daß die Schöpfung nicht ein ewiger und als solcher der Idee Gottes allein würdiger Akt ist, daß sie heute und in jedem Augenblick weniger stattfindet als vor Äonen, daß sie nicht immer gleich stark aus unsichtbaren Quellen fließt und daß

sie nicht ebenso wesentlich zum Leben der Gottheit gehört als Atmen und Blutumlauf zu dem unserigen. Die Schöpfungstätigkeit ergreift nur andere Sphären ihrer Wirksamkeit, sie ist in einem stetigen Fortschritt der Vertiefung aus dem Äußeren in das Innere begriffen und nimmt jedes Produkt einer vorausgegangenen Arbeit als Stütze, Grundlage und Voraussetzung einer neuen in sich auf.« Hier zieht Snell nun einen Schluß, der in seiner Kühnheit atemberaubend ist. Nachdem er darstellt, wie auch alle Elemente der sogenannten unbelebten Natur aus einem höheren einheitlichen Ganzen durch eine spezifizierende Tätigkeit hervorgegangen sind und sich später ebenso aus innerlichen Seelentrieben heraus tierische Wesen gemäß ihrer eigenen Intentionen gebildet haben, so ist heute die Schöpfungstätigkeit an einer neuen Stelle angekommen: »*Hier* haben wir Schöpfung, unmittelbar göttliche Schöpfung, wenn wir sie heute, wenn wir sie erfahrungsmäßig und mit Augen sehen wollen. Jede neue Gliederung in dem *Organismus der menschlich sozialen Zustände, jeder neue Anbruch in dem Schachte der Ideen, jedes neuerwachende Schönheitsideal* in der schaffenden Phantasie des Künstlers, jeder neueröffnete und im tiefen Innern erlebte Rapport der sichtbaren und unsichtbaren Welt, *jede Hingabe an die Gemeinschaft des Geistes und des höheren Menschheitslebens, jede Opferwilligkeit* und jeder mächtige Entschluß zum Guten, *sie alle sind der immer sprießende Trieb göttlichen Schaffens und Wirkens*, sie sind die gegenwärtige Schöpfung, nicht weniger mächtig und gewaltig als diejenigen, durch welche die Berge gegründet wurden, oder diejenigen, durch welche nach unermeßlichen Ergüssen aus dem Luftkreis und dröhnenden Bewegungen in der Tiefe ein neuer Himmel und eine neue Erde vor den erstaunten

Geschöpfen sich auftraten. *Diese rastlos arbeitende Schöpfung ist die wahre Allgegenwart Gottes*, sein immer neu verkündetes lebendiges Wort. Ewig fließt, sagt die Zentavesta, ein Wort aus Gottes Munde, das Wort: »Es werde.« . . .

»Wir wollen die Natur betrachten nach Analogie der Geschichte und insbesondere die Entwicklung der *natürlichen Organismen nach Analogie der Entwicklung der geschichtlichen Organismen.*« . . .

»Geschichte, d. h. allmählich aus inneren Triebkräften erfolgende Umbildung der Lebensgestaltung ist eben Schöpfung. Eine andere Schöpfung gibt es nicht und hat es nie gegeben. Schöpfung ist nur eine auf dem Grund der ewigen innergöttlichen Natur sprießende Entwicklung, Geschichte göttlicher Evolutionen, eine wahre Theogonie.«

Das große Problem der darwinistischen Descendenztheorie ist und bleibt der Mensch in seinem Verhältnis zur übrigen Natur. Die gefühlsmäßige Antipathie gegen den Gedanken, daß der Mensch vom Tier abstammen soll, liegt darin begründet, daß das Gefühl der *Würde*, das der Mensch in sich spüren kann, irgendwie verletzt wird. Ein Wesen, das sich selbst als schöpferisch in diesem Ausmaße erlebt, wie wir das insbesondere bei den größten Geistern der Menschheit vor uns haben, kann es einfach nicht akzeptieren, daß ihm Wesen als Urahnen angetragen werden, die ihre schöpferische Tätigkeit im wesentlichen in ihrer Reproduktion erschöpft finden. Auf der anderen Seite ist die Verwandtschaft insbesondere zu den Tieren unbezweifelbar und auch das Pflanzen- und Mineralreich ist uns nicht so ferne, wenn wir uns nur genügend mit ihm beschäftigen. Überall zeigt sich die Verwandtschaft. Die Frage ist nur, wer von wem abstammt. Wie wichtig gerade diese Frage ist, zeigt sich heute: Betrachtet

man den Menschen vom materialistischen Standpunkt aus, so ist es ganz gleichgültig, woher er stammt. Hat man sich diese Überzeugung genügend angeeignet, so behandelt man den Menschen auch entsprechend, wie es sich in den Ländern zeigt, die ihre Weltanschauung auf den dialektischen Materialismus aufgebaut haben. Gerade diese Entwürdigung des Menschen ist es, die ihm auf die Dauer unerträglich ist. Und dieses ist der eigentliche Grund, weshalb jetzt in Rußland und seiner unmittelbaren Nachbarschaft Dinge geschehen, für die wir volles Verständnis haben und die uns trotzdem überraschten. »Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und wär er in Ketten geboren« ist ein Ausspruch, der für einen Materialisten völlig sinnlos ist. Aber für jemanden, der den Menschen als das »A und O aller Kreatürlichkeit« betrachtet, hat dieser Ausspruch etwas Zentrales. »In dem Sinne, in welchem Christus von sich sagen konnte: Ehe denn Abraham war, war ich, in demselben Sinne könnte der Mensch von sich sagen: Ehe denn irgendwelche Kreatur und alles Getier auf Erden war, war *Ich*. Ich sagte: In demselben Sinne und meine: Im Sinne einer über die gemeine Wirklichkeit des Gewordenen hinausgehende Vertiefung in die inneren bewegenden Mächte des Werdens. Den Sinn von Christi Ausspruch, den die Hörer eine harte Rede nannten, konnte doch unmöglich der sein, daß er als in Zeit und Raum erscheinender Mensch dem Abraham vorausgegangen wäre. In dem er sich aber als die Erfüllung der welthistorischen Mission des Judentums betrachtet, als das Organ, durch welches dasjenige, was von Anfang an als die beeseelende Kraft in dem jüdischen Volksgenius gearbeitet hatte, zu einer die Schranken der Nationalität durchbrechenden wirksamen Ausbreitung in der Welt kommen sollte, konnte er wohl

sagen: Ehe denn Abraham war, war ich. Dieses *Ich* ist ein nicht mehr zeitlich-räumliches Individuum, sondern in den Rang einer Idee erhoben.« . . .

»Nur das eine will ich noch erwähnen, daß in dunklen, aber tief sinnigen Spekulationen der *Kabbala* der als *Schlußstein der Schöpfung* Dastehende und der der gesamten Lebenswelt aus sich Erzeugende beide »Mensch« genannt werden, nämlich beide *Adam*. Der ausgebildete Mensch im gewöhnlichen Sinne, heißt *Adam* schlechthin, und der der gesamten Lebenswelt zugrundeliegende Mensch heißt *Adam Kadmon*. Das Wesentliche hierbei ist, daß der Mensch gedacht wird als werdend aus etwas, was, wenn auch nicht seiner Erscheinung nach, so doch dem Wesen nach bereits Mensch ist, daß das Menschliche der Ausgangspunkt, die beherrschende Mitte und das Ziel des Erdlebens ist und daß die Kabbalisten das Schaffende, Beseelende und zur Entwicklung Forttreibende der Natur sich nicht anders denken konnten als unter dem Begriff »Mensch«. Wir können die Idee des *Adam Kadmon* adoptieren, nur sagen wir statt *Adam Kadmon* »*Grundstamm*«. Statt der unbeholfenen Begriffe, mit welchen die Lehre vom *Adam Kadmon* sich abquält, setzten wir die der Erfahrung gut angepaßten Begriffe des Grundstammes.«

Man merkt dem Buch an, daß es von jemandem geschrieben wurde, der durch seine mathematische Schulung im Denken sehr streng war. Er weist die ganzen Schwächen der darwinschen Beweisführung auf und kann Darwin selbst als Kronzeugen für seine Anschauungen zitieren. Dieses ist jedoch nicht die Hauptsache an diesem praktisch unbekanntem Werk dieses Professors aus Jena, sondern es ist die Fortführung einer Betrachtungsweise, die *Goethe* entwickelt hat. In Anbetracht der rasanten Entwicklung, die zur Zeit die sozialen

Umgestaltungen in unseren östlichen Nachbarländern nehmen, ist es höchste Zeit, daß wir die Quellen erkennen, aus denen der Ungeist die dort nun stürzenden Herrschaftsformen begründet hat: Sie liegen hier, wo dem Menschen sein Erstgeburtsrecht von einer materialistisch gesinnten Naturwissenschaft ge-

nommen wurde. Damit die neuen sozialen Strömungen nun nicht grundlos in die nächste Abirrung verfallen, seien sie auf Quellen verwiesen, die ihnen aufzeigen, daß ihre hohen Ziele *auch eine naturwissenschaftliche Begründung* haben.

Gerhardus Lang

---

Aus: Vorlesungen über die Abstammung des Menschen. Herausgegeben von Friedrich A. Kipp, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart, 1981.

*Die Mitwirkenden dieses Heftes:*

*Werner Schmid †*  
Zürich

*Heinz Hartmut Vogel*  
Roßbauchtert 6, 7325 Bad Boll

*Eckhard Behrens*  
Bergstraße 29, 6900 Heidelberg

*Gerhardus Lang*  
Klinge 10, 7325 Bad Boll

*Hugo Schwenk*  
Rehleitenweg 25, 8200 Rosenheim

---

## *Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.*

Badstraße 35, 7325 Bad Boll, Telefon (07164) 3573

---

### Vorschau auf die Tagungen des Jahres 1990

- Planungstagung im Januar
  
- Von der Zuschauer- zur Teilnehmer-Demokratie  
(mit Oberlandesgerichtspräsident Dr. h. c. Rudolf Wassermann)  
*10. März*
  
- Europäische Währungsunion – Chance oder Gefahr –  
*21./22. April*
  
- Europa 1992 – Föderalismus oder Zentralismus  
*22./23. September*
  
- Europa 1992 – Markt und Wettbewerb  
*10./11. November*

Darüber hinaus sind noch nicht terminierte Seminare geplant über Themen der Gesundheitspolitik, des Wettbewerbes im Hochschulwesen usw.

Sämtliche Veranstaltungen sollen im Gebäude des *Seminars für freiheitliche Ordnung* in Boll, Badstraße 35, stattfinden.

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Zweimonatsschrift »Fragen der Freiheit«  
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.  
Begründet durch Diether Vogel †, Lothar Vogel,  
Heinz-Hartmut Vogel

*Bezug:* Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.,  
D-7325 Boll, Badstr. 35, Telefon (0 71 64) 35 73

*Preis:* Jahresabonnement DM 48,—, sfr. 48,—, ö.S. 400,—

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 90,— (sfr. 90,—/ ö. S. 750) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

*Einzelhefte:* DM 8,50, sfr. 8,50, ö.S. 70,— zuzügl. Versandkosten

*Sammel-  
mappen:* jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 10,—, ö.S. 85,—  
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

*Bank:* Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 (BLZ 610 500 00)  
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004 (BLZ 600 697 66)

*Postscheck:* Frankfurt am Main 26 14 04-602  
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9  
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7 939 686

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

*Motto:* Ernst Abbe 1840–1905

ISSN 0015–928 X  
Kaiser-Druck GmbH, 7335 Salach  
Printed in Germany

